

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: Prämienanhang: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinstellung außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beirats- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Klostersturm in Katalonien.

Aus Barcelona wird uns geschrieben:

Die revolutionäre Bewegung der letzten Juliwocche hat den Klöstern, Kirchen und kirchlichen Unterrichtsanstalten in Katalonien arg mitgespielt. Es wäre aber verkehrt, diese Zerstörungswut ausschließlich den Anarchisten zuzuschreiben. Schon im Jahre 1835 wurde unter Mendizabal ein Sturm gegen die Klöster unternommen und deren Inassen ausnahmslos geköpft. Auch diesmal wurden in Barcelona 49, in den übrigen Orten Kataloniens weitere 15 Klöster und Kirchen eingekerkert; den Mönchen und Nonnen jedoch freier Abzug unter Mitnahme ihrer Habeigkeiten gewährt. Trotzdem hat es sich die bürgerliche Presse nicht nehmen lassen, von wilden Grausamkeiten der Revolutionäre zu sprechen. Die Berichte sind erfunden. Die offizielle Statistik weist nur zwei Tote (einen Pfarrer und den Rektor eines Kapuzinerklosters) unter 2800 in Barcelona lebenden Mönchen und Nonnen auf, und diese zwei tragen selbst die Schuld an ihrem Tod. Es ist ein widerlicher Unfug, von brennenden Mönchen und Nonnen, von frommen Märtyrern am Fuße der Altäre zu sprechen. Ueberall wurde den Inassen eine entsprechende Frist zur Räumung der Gebäude eingeräumt und, falls deren Leben irgendwie bedroht zu sein schien, wurden sie von der revoltierenden Menge in Sicherheit gebracht. Welchen Abscheu erregen im Vergleich zu diesen Tatsachen die Verbrennen, welche die Priester noch in den Karlistenkriegen von 1872 bis 1876 begangen haben, wo im Namen der alleinseligmachenden Kirche selbst Frauen, Kinder und Greise nicht geschont wurden.

Nun zu den Opfern selbst. Der Pfarrer von S. Pedro de Tanlet (Queblo Nuevo) P. Ycurgio wurde von der revoltierenden Menge aufgefordert, das Pfarrhaus zu verlassen, da diese samt der Kirche zur Einäscherung bestimmt sei. Er leistete dieser Aufforderung keine Folge in der Annahme, daß sein Worten die Tat nicht folgen werde. Als er vom Feuer überrascht wurde, flüchtete er in die Kellerräumlichkeiten, wo er infolge des ausströmenden Qualms den Erstickungstod fand. Somit ist dieser Fall nicht aus dem Konto der Revolutionäre zu schreiben. Ähnlich steht es mit dem zweiten Fall. Als die Revolutionäre das Kloster der Kapuziner in der Calle de Santald in San Gerbasio angriffen, stellte sich der Rektor P. Ramon, mit einem Revolver bewaffnet, zur Wehr, und nachdem beiderseits einige Schüsse gewechselt wurden, blieb er als Opfer auf der Stelle.

Wie darauf losgeschlunfert wird, beweist am besten der „Daily Telegraph“ in London. Der Vertreter dieses Blattes kam nach Barcelona, ohne mit den lokalen Verhältnissen vertraut zu sein, auch beherrschte er bloß die englische Sprache. Er holte sich deshalb seine Informationen bei dem etwas unglücklich sprechenden Kassierer einer hiesigen Drogenhandlung ein, einem schon bejahrten Herrn, der während der ganzen Juliwocche sein Haus nicht verlassen hat und sich mit dem Engländer auch nur schwer verständigen konnte.

Für jeden, der Spanien kennt, war es längst kein Geheimnis mehr, daß dieser Klostersturm kommen mußte. Das arme Land ist von Mönchen und Nonnen geradezu übersät. Nach dem Verluste der Kolonien im Jahre 1898 und dem Inkrafttreten der französischen Trennungsgesetze kamen ganze Scharen von Mönchen nach dem frommen Lande der katholischen Majestäten. Die unzähligen Klöster verfügen über ungeheure Reichtümer, und ihre Liegenschaften usw. repräsentieren einen Wert von mehr als zehn Milliarden. Und diese klösterlichen Anstalten machen dem Handel und Verkehr eine derartige Konkurrenz, daß die Laien dagegen nicht aufkommen können. Vor allem genießen die Kongregationen vollständige Steuerfreiheit. Sie verfügen über enorme Betriebskapitalien und Renten, in den meisten Fällen sogar über unentgeltliche Arbeitskräfte. Die in den Klöstern untergebrachten Kinder, Jünglinge und Mädchen werden in ungläublichster Weise ausbeutet. Es gibt in Barcelona allein zirka 80 religiöse Orden, die an Kirchen, Klöstern, kirchlichen Unterrichtsanstalten 285 eigene Gebäude besitzen, mit ihren Filialen und industriellen Betrieben sogar 1243. Wiederholt haben die Handels- und Industriekreise Eingaben an die Regierung wegen Erfüllung des Konfordsats gerichtet und verlangt, daß die Klöster zur Besteuerung herangezogen würden, doch vergebens. In einer mir zur Verfügung gestellten Eingabe heißt es wie folgt: „Spanien hat sich in ein ungeheures Kloster verwandelt. Die keine Steuer zahlenden religiösen Kongregationen errichten Schulen, Likörfabriken, Parfümeriegeschäfte, Drudereien, Buchbindereien, Wäschekonfektionen, Seifenfabriken, Schuhfabriken und nehmen allerhand Handarbeiten an sich unter Schädigung des Arbeiters, des Industriellen und des Kaufmanns.“

Es ist nicht uninteressant, einen Blick in den Betrieb eines solchen Klosters zu werfen. Vor mir liegt ein Prospekt des Nonnenklosters „Der heiligen Dreifaltigkeit“ in Madrid vom Jahre 1905. Außer allerlei Gnadenmitteln werden darin besonders „Werkzeuge der Buße“ empfohlen: eine Spezialität des genannten Klosters. Darunter Drahtemden von 50 Centimos bis zu 6 Pesetas,

Geißeln nach spanischer und französischer Form zu 2 und 3 Pesetas. Nach diesen Marterwerkzeugen folgen im Preisverzeichnis: Strümpfe, Korsetts, Unterröcke, Westen, Anzüge für Herren und Kinder, Statuen der Madonna von Lourdes und der unbefleckten Jungfrau. — Das Kloster warnt vor einer Konkurrentenfirma, welche „Die Dreieinigkeits“ firmiert. „Man lasse sich nicht täuschen“, heißt es im Prospekt. Sonach gibt es ein klösterliches Geschäft „Der heiligen Dreifaltigkeit“ und eines „Der Dreieinigkeits“. Noch vor zehn Jahren besaß Spanien eine blühende Heimindustrie; infolge der unerhörten Konkurrenz der Klöster ist heute die erwerbende Frau dem Hungertode ausgeliefert. Dies erklärt es auch, daß die Frauen in den letzten Ereignissen eine hervorragende Rolle gespielt haben.

Eine Ergänzung und Bestätigung erfährt dieser Bericht durch eine der „Frankf. Btg.“ von ihrem Barcelonaeer Spezialkorrespondenten zugegangene Schilderung des spanischen Klosterwesens („Frankf. Btg.“ Nr. 24), der wir folgenden Auszug entnehmen:

„Dem spanischen Volk sind die Frailes und Monjas in tiefster Seele verhaßt. Die wenigen Orden, die sich einer zum Teil vielleicht wirklich wohlgemeinten, aber dann meist in unzulänglicher, einseitiger und nicht uninteressierter Weise betriebenen Armen- und Krankenpflege widmen, vermögen höchstens für sich selbst, nicht aber auch für ihresgleichen Sympathien zu erweiden. Die zahlreichen, von den religiösen Orden unterhaltenen Unterrichtsanstalten erscheinen der Bevölkerung ein notwendiges Uebel, solange eben noch das öffentliche Schulwesen vom Staate in sündhafter Pflichtversummung gänzlich vernachlässigt wird. Aber darum sind die Ordenschulen doch weder geachtet noch beliebt. Soweit sie dem Erziehungsbedürfnis der wohlhabenden Klassen dienen, sind es Institute zur finanziellen Ausbeutung der reichen Familien, deren Söhne und Töchter ihnen anvertraut sind. Der Unterricht aber, den sie den mittleren und unteren Klassen zuteil werden lassen, ist immer minderwertig oder auch völlig wertlos und dient ihnen nur als Instrument, um schlechte Bürger, dafür aber um so gefügigere Knechte der Papstkirche heranzubilden. Das weiß das Volk nur zu gut, und es hegt in seiner Allgemeinheit weder Achtung noch Vertrauen gegenüber diesen Lehrern und Erziehern. Aber seine kritischen Gedanken wandeln sich in Goh und Verachtung, wo es sich um die Mehrzahl der übrigen Orden handelt, die nichts sind als Parasiten am nationalen Wohlstand. Denn diese führen ein gar „beschauliches Dasein“, indem sie, ohne etwas anderes als Zwietracht und Unfrieden in die Familien zu säen, reichte Erbschaften und Stiftungen ernten, von denen sie leben. Immerhin sind es schließlich ja nur die Vermögen der Kapitalistenkreise, die sie so in ihre Hand zu zaubern wissen. (Zu sagen: „in ihre tote Hand“, wäre nicht richtig, — denn sie nutzen die erlassenen Millionen und Abermillionen gar eifrig, um ihren finanziellen Einfluß, der auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens in Spanien bereits ausschlaggebend ist, noch immer mehr zu festigen und zu stärken!) Andere angeblich der Religion dienende Gemeinschaften aber gibt es in Menge, die mit gefährlicheren Mitteln den Fleiß des Gewerbestandes und der kleinen Leute um den mühselig erarbeiteten Gewinn bringen. Was wird heute in den industriellen Konventen nicht alles hergestellt? Vom Likör bis zur Seife, von der Schokolade bis zur Visitenkarte. Den armen Kleidermacherinnen, Wäschezeugnäherinnen, Seiderinnen, Wäscherinnen, Büglerinnen, ja selbst den Sprach- und Musiklehrerinnen nehmen die frommen Schwestern das lässliche Brot vom Munde weg. Und es ist ein ungleicher, ein unsauberer Wettbewerb. Denn die gewerblichen Stände sind mit Steuern und Abgaben überlastet. Die Klöster aber sind von allen staatlichen und sonstigen Tributen befreit und arbeiten außerdem fast ohne Kosten, da sie mit den in „Añalen“ untergebrachten Arbeitskräften die Arbeitslöhne sparen. Und diese vom Vatikan aus organisierten verschiedenartigen Erwerbsunternehmungen haben alle miteinander die Macht im spanischen Staate, weil sie die herrschenden Klassen beherrschen und mit ihrer Hilfe über die Gesetze verfügen und über das Recht erhaben sind.“

Zum Schluß noch folgender vom Vater Lorenzo Gonzalez, dem Superior des Klosters San Juan de Dios, selbst veröffentlichte Bericht, der die Fabeln der Blätter vom Schlage des „Daily Telegraph“ lägen strast und beweist, daß jene Ordenschulen, die dem Werk der Menschenliebe und Wohlthätigkeit dienen, von den Revolutionären nicht das Geringsste geschehen ist:

„Der Brand des gegenüberliegenden Klosters während der ganzen Nacht hatte uns auf eine harte Probe gestellt. Als nun am folgenden Morgen die Schläge gegen unser Kloster immer ungestümmer ertönten, versammelte ich die neunzehn Brüder, die das Personal des Hauses bilden, und öffnete, indem wir die Kranken und blinden Kinder auf den Arm nahmen, die Türe, durch die sich sofort eine wilde Menge, nach Zerstörung schreiend, in den Hof ergoß. Ich hob darauf den Knaben, den ich trug, hoch und rief mit Tränen in den Augen: „Freunde, Brüder, helft uns wenigstens diese zweihundert unschuldigen Wesen in Sicherheit bringen. Nachher tut, was ihr wollt!“ Diese Worte schienen das Herz der Leute zu rühren, denn ohne sich weiter zu besprechen, ergriffen sie alle die weinenden Kinder und sagten zu ihnen: „Seid doch nicht

banke. Wir tun euch ja nichts. Weint doch nicht!“ Dann begleiteten sie uns ins Innere des Gebäudes und bemerkten, daß wir nichts zu fürchten hätten; unser Haus würde geschont werden. Sie gingen dann durch alle Räume, ohne irgendwelchen Schaden anzurichten, und verließen uns, um das benachbarte Karmeliterinnenkloster anzugünden. Wir baten sie, das nicht zu tun, da unser Haus darunter leiden könnte. Sie waren aber nicht davon abzubringen, gaben uns jedoch den Rat, vom Dach unseres Gebäudes die Wand mit Wasser zu begießen. Und so geschah es. Wir wurden benachrichtigt, als der Augenblick da war, um Wasser zu gießen, und wann wir damit wieder aufhören mußten, um das Zerstörungswerk nicht zu verhindern. Wir sind aber in keiner Weise mehr belästigt worden; im Gegenteil, am Donnerstag und Freitag schickten uns die Revolutionäre durch Kinder Hühner und Kaninchen, Kartoffeln, Brot und Reis zu, damit das Aßl keinen Mangel leide. Im ganzen haben wir 32 Hühner empfangen und müssen schließlich noch dafür dankbar sein. Hunderte von unbekannten Personen besuchten unser Haus, dessen Türen wir auf Verlangen der Revolutionäre offen stehen ließen, aber es geschah uns nicht das mindeste.“

Wirkungen des Generalstreiks.

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)
Stockholm, den 16. August.

Wer im Unrecht ist und es nicht eingesehen will, verwickelt sich in Widerprüche. So geht es auch der bürgerlichen Presse Schwedens. Während ihre Streikbrecherblätter Tag für Tag verkünden, daß bald hier, bald dort Massen von Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen haben sollen, daß der Generalstreik beständig im Abflauen begriffen sei, schon gänzlich Piaslo gemacht habe, sehen sie sich andererseits genötigt, mit der Tatsache zu rechnen, daß eben dieser Generalstreik der bürgerlichen Gesellschaft immer unerträglicher wird. Einerseits überboten sich diese Blätter in ihrer Enttäuschung über den Vertragsbruch der Typographen, bezichtigten die Gewerkschaftsorganisationen als gänzlich vertrauensunwürdig, andererseits zwingt sie die Rot der bürgerlichen Gesellschaft nun immer mehr, einer gütlichen Beilegung des Kampfes das Wort zu reden. Ein Unternehmungsblatt, das am ärgsten über „schändlichen Vertragsbruch“ lamentierte, „Nya Dagligt Allaonda“, tritt nun in einem Leitartikel für einen Ausgleich ein und erklärt es „natürlich für wünschenswert, daß beide Parteien sich in gegenseitigem Vertrauen wiederfinden.“ — „Dagens Nyheter“ schreibt heute in einem anderthalbspaltigen Artikel unter der Überschrift:

„Ist die Zeit nicht bald da?
Jeder ist sich darüber klar, daß auch dieser Konflikt mit einem Ausgleich enden muß. Sollte nicht jetzt, wenn je, der Augenblick gekommen sein, wenigstens zu den Präliminarien des Friedensschlusses zu schreiten, der doch kommen wird? Und es ist unwiderprechbar, daß es in erster Linie Schwedens Regierung ist, die die Pflicht hat, mit der Nichtinterventionspolitik zu brechen. Sie kann sich nicht damit abfinden, daß unser Land, neulich erst von einer schweren und langwierigen Krise heimgeführt, noch weiterhin verarmt wird — höchst wahrscheinlich ohne nennenswerten Nutzen für irgend jemand.“

So mehren sich im bürgerlichen Lager die Stimmen, die nach einem Ausgleich schreien. Aber warum in aller Welt will man den Ausgleich, wenn der Generalstreik Piaslo gemacht hat, wie auch „Dagens Nyheter“ zu Anfang des eben erwähnten Artikels steif und fest behauptet? Wäre es wirklich so, — wahrhaftig, das Unternehmertum würde nicht davor zurückschrecken, die Niederlage der Arbeiterschaft zu besiegeln, ruhig zu warten, bis der Hunger sie wieder an die Arbeit treibt, und auf irgend welchen Ausgleich pfeifen. Aber es ist eben nicht so! Die Arbeiterschaft harret mit ungebrochener Kraft im Kampfe aus, und die „Landesplage“ des Generalstreiks wird dem Unternehmertum immer unerträglicher.

„Stockholms Dagblad“ hat heute einen neuen langen Fahnenlappen an seinem Hause herausgehängt, auf dem der Welt vor Augen geführt wird, daß die nach offizieller Statistik 285 000 Streikenden tagtäglich 855 000 Kronen an Arbeitslohn einbüßen oder wöchentlich 5 130 000 Kronen. Danach kann man ermesen, wie ungeheuer erst die Verluste der Unternehmer sein müssen, ganz abgesehen davon, daß ihnen auch für die Zukunft wichtige Geschäftsverbindungen verloren gehen, weil sie außerstande sind, bestellte Waren zu liefern und ausländische Konkurrenten ihnen zuvor kommen. Aber außerdem haben auch Staat und Gemeinden mit außerordentlich schweren Verlusten zu rechnen. Wie „Svaret“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben die militärischen und anderen unnützen und unnötigen außerordentlichen Maßnahmen dem schwedischen Staat schon ungefähr zwei Millionen gekostet. Das ist jedoch sicherlich wenig im Verhältnis zu dem Ausfall an Einnahmen, den der Staat erleidet. Hat sich doch der Frachtverkehr schon um nicht weniger als 64 Proz. vermindert. Von rund 1200 Eisenbahnzügen sind bereits 302 stillgelegt und die übrigen fahren meist mit vermindelter Achsenzahl. Der Schiffsverkehr hat natürlich nicht minder schwer gelitten. Die Seelente nehmen zwar in ihrer großen Masse an dem Generalstreik nicht teil. Wei den außerordentlich harten Strafen, die sie infolge einer Arbeitsniederlegung zu erwarten hätten auf Grund einer Ausnahmegesetzgebung, verzichtet die Arbeiterschaft darauf, sie mit in den Kampf

zu stehen. Wie die Dinge liegen, erscheint es auch überflüssig, und als ebensowenig notwendig kann man jetzt die Arbeitsniederlegung der Eisenbahnen ansehen. Offenbar hat sich dieser Gedanke auch in den Kreisen der Eisenbahner selbst geltend gemacht. Wie verlautet, hat ihre Abstimmung wohl eine Mehrheit, aber nicht die zur allgemeinen Arbeitsniederlegung notwendige Zweidrittelmehrheit ergeben. Post-, Telegraph- und Telephonverkehr leiden auch so schweren Schaden unter dem Generalstreik, daß in diesen Betrieben eine Arbeitsniederlegung auch nicht von Bedeutung wäre.

Die Behörden greifen hier und da zu sonderbaren Maßnahmen gegen die kämpfende Arbeiterschaft. In Göteborg versucht die Polizeibehörde die

präventive Zensur

wieder einzuführen. Sie verlangt für eine auf morgen einberufene Massenversammlung, daß der Referent, Reichstagsabgeordneter Thorsson, seine Rede vorher schriftlich der Polizeikammer vorlege. — Uebrigens war die letzte Freiluftversammlung in Göteborg von 20000 Menschen besucht, ein Beweis, daß auch dort die Arbeiterschaft, wie im ganzen Lande, auf dem Posten ist. — Hier in Stockholm will das Oberstaatssekretär der Arbeiterschaft das vor sieben Jahren errungene Recht auf öffentliche Demonstrationen vorenthalten. Dabei gebärdet sich das bürgerliche „Schutzkorps“ unter dem Schutze der uniformierten Polizei immer herausfordernder.

Entschlossene Fortführung des Kampfes.

Die Situation am Dienstag gibt folgende Depesche wieder:

Stockholm, 17. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wie heute aus den verschiedensten Orten einlaufende Nachrichten bekunden, ist die Wiederaufnahme der Arbeit nicht erfolgt. Die Hoffnungen der Unternehmer sind also, wie wir in unserem gestrigen Telegramm feststellen konnten, illusorisch geworden. Die wenigen Reorganisierten, die sich zur Arbeit gemeldet haben, spielen keine Rolle. Die organisierten Arbeiter stehen überall im ganzen Lande fest.

Offizielle Zahlen dürften in den nächsten Tagen erscheinen. Die Wirkungen des Lockout auf das Geschäftsleben sind immer intensiver und die Störung des gesamten Erwerbslebens wird mit jedem Tage vollständiger. Trotzdem hoffen die leitenden Kreise der Unternehmer immer noch, der Arbeiterbewegung einen Todesstoß zu versetzen zu können, und die Scharfmacher haben immer noch die Oberhand. Die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft ist eine entschlossene, die durch die kräftige Hilfe des internationalen Proletariats noch bedeutend gehärtet wird.

Stockholm, 17. Aug. Der hiesige Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hatte gestern eine Unterredung mit dem Direktor des Arbeitgeberverbandes von Sydömn. Dieser erklärte, daß seiner Ansicht nach keine Stimmung für Vermittlungsversuche vorhanden ist und daß die Regierung keine solche unternehmen wird. Auch sehe er keine Möglichkeit, ein Kompromiß oder einen Ausweg zu finden. Der Arbeitgeberverband werde nach wie vor an seinen Forderungen festhalten. Man müsse noch mit einer langen Dauer des Streikes rechnen.

Internationale Solidarität.

Nachdem der Vorstand des Flensburger Gewerkschaftsartikels auf den Aufruf der Generalkommission hin den streikenden Arbeitern Schwedens 1000 Mk. sofort gesandt hatte, beschloß eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, als zweite Rate 3000 Mk. ebenfalls sofort abzuschicken. Weitere Sammlungen sind eingeleitet.

Der Gesamtvorstand des Alten Bergarbeiterverbandes überwies den Streikenden in Schweden aus Verbandsmitteln eine Unterstützung von 20000 Mk.

Wiederaufnahme des Eisener Meineidsprozesses?

Am 17. August 1895 sprachen die Geschworenen des Schwurgerichts Essen die Genossen Ludwig Schröder, den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, Johann Meyer, den Kassierer desselben Verbandes, und fünf andere Genossen und Bergleute des Meineids schuldig! Ein Kusschrei der Empörung und des Protestes ging durch die Arbeiterschaft Deutschlands! Das Proletariat sah sofort in den Verurteilten, was sie waren: Opfer der Klassenjustiz, des politischen Vorurteils; es zeigte durch eine sofort eingeleitete, ein glänzendes Ergebnis zeitigende Sammlung, wie es dieses Urteil wertete, daß der Erste Staatsanwalt Veltsohn und andere mit der untauglichen Behauptung gefordert hatte, daß die Sozialdemokratie des Ruhrreviers den Meineid für den Genossen billige, ja fordere!

Der Anlaß zu dem Meineidsprozeß war eine Bagatelle. Durch einen Zeitungsbericht über eine christliche Bergarbeiterversammlung zu Bankau bei Ferno im Ruhrrevier, in der Genosse Schröder in der Diskussion gegen die damals im Gang befindliche Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute sprechen wollte, worauf ihm der Vorsitzende Brust des Lohs verwies, sollte der Gendarm Münter beleidigt worden sein, weil der Bericht behauptete, Münter habe den Genossen Schröder zum Saale hinausgestoßen, so daß er zu Fall kam. In dem Verhörprozeß beschwor Schröder und beschworen seine späteren Mitangeklagten, daß sich der Vorgang so abgespielt habe. Gendarm Münter aber stellte unter Eid in Abrede, daß er Schröder gestoßen oder auch nur angefaßt habe — mehrere andere Zeugen hatten nicht gesehen, daß er es getan hätte und meinten zum Teil, sie hätten es sehen müssen, wenn es geschehen wäre. Vornehmlich auf das Zeugnis Münters hin wurden die Angeklagten des Eisener Meineidsprozesses zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Strafen sind heute längst verbüßt — Genosse Meyer hat dabei seine Gesundheit verloren —, aber die Erinnerung an das furchtbare Unrecht, das den Verurteilten durch den Spruch der Bourgeoisgeschworenen und der verlehnten Richter zugefügt wurde, ist nicht erloschen.

Wehrfach haben die Verurteilten hinterher versucht, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen. Aber die Organe der Klassenjustiz fanden das Material nicht beweiskräftig genug. Jetzt aber, nach vierzehn Jahren, scheint plötzlich die Möglichkeit gegeben, die Unglaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen, des Gendarmen Münter, nachzuweisen. Münter wurde später als Magistratsbureauassistent in Berlin angestellt. Wegen ihn ist letzten ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er es unternommen haben soll, Zeugen zu einer unwahren Aussage zu verleiten, andere Zeugen zur Abgabe einer unrichtigen eidesstattlichen Versicherung veranlaßt haben

soll und versucht hat, weitere Zeugen zu beeinflussen.

In diesem Disziplinarverfahren ist auch zur Erörterung gekommen, daß Münter, auf dessen Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit das damalige Urteil beruhte, neben seinem Amte fremde Rechtsangelegenheiten besorgte und in den von ihm besorgten Rechtsangelegenheiten immer als Zeuge eine merkwürdige Rolle gespielt hat.

Auf Grund dieser Tatsachen hat nunmehr Rechtsanwält Dr. Niemeyer-Essen einen neuen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schröder und Genossen gestellt, in dem die Unglaubwürdigkeit des Zeugen Münter nachgewiesen werden soll. Hoffentlich gelingt es jetzt, die Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August 1900.

Wilhelm II. als Landesvater.

Bei einer Kriegervereinsparade auf der Hohenzollernburg soll dem „Berl. Tagebl.“ zufolge der Kaiser einen ihm fremden, 64jährigen Herrn, einen angesehenen Fabrikanten, mit der Anfrage ausgezeichnet haben: „Wo hast Du das Eisener Kreuz bekommen?“ Einen vierzigjährigen Herrn tippte der Kaiser mit dem Marschallstab auf die Schulter und sagte: „Du bist unten zu dick geworden!“ Die Herren Krieger schälten sich sehr geschmeichelt. . . .

Der Kaiser muß nach seinen Erfahrungen die Kriegervereinsler als sehr kindliche Leute einschätzen, daß er sich bei seinen Anreden selbst noch gegenüber 64jährigen und 40jährigen Männern des „Du“ bedient. Vielleicht hat es im ganzen mit dieser Qualitäts einschätzung nicht unrecht; aber selbst in diesem Falle zeugt der Gebrauch des Wortes „Du“ davon, daß Wilhelm II. sein Verhältnis zu den preussischen Staatsbürgern ganz verkehrt aussieht und deshalb in diesem Punkte der Belehrung bedarf.

Eine Feste der Reaktion.

Oberst Gädke widmet im „Berl. Tageblatt“ dem Militärkabinette eine interessante Erörterung. Er weist nach, daß die Institution des Militärkabinetts und die Schaffung verfassungswidriger absolutistischer Zustände auf dem Gebiete unseres Heereswesens nichts anderes darstellen, als eine Feste der Reaktion, einen absolutistischen Einbruch in die verfassungsmäßigen Verhältnisse. Denn der gegenwärtige Zustand, der die Rechte des Reichstages, die bürgerlichen Freiheiten bedroht, stamme nicht etwa als unantastbares Recht aus der Zeit der einstigen Vollgewalt der Krone, sondern sei mit bewußter Absicht während der Herrschaft der Verfassung als wesentliche Einschränkung dieser geschaffen worden: Erst durch die Kabinettsorder von 1861 wurde die Gegenzeichnung des Ministers in Personalangelegenheiten und auf dem Gebiete der Kommandogewalt beseitigt. Gädke fährt dann fort:

„Das Gebäude wurde gekrönt durch die Kabinettsorder von 1883, die die Unterstellung des Chefs des Militärkabinetts unter den Kriegsminister beseitigte. Eine vollkommene Restauration des Absolutismus unter möglichst harmlosen und verdeckten Formen, ohne daß seitens der Parlamente sofort entzückter Widerspruch erfolgte! Der Sinn beider Kabinettsorders war nämlich trotz ihrer Maskierung ganz klar: über die Grenzen der Kommandogewalt wollte allein die Krone zu bestimmen haben, dem Parlamente sollte ein Einspruch nicht zustehen, er sollte in jedem Falle wirkungslos dadurch gemacht werden, daß der Kriegsminister die Verantwortung ablehnen konnte. Unter dem Schutze dieser verfassungswidrigen Neuordnungen ist dann tatsächlich das eingetreten, was wohl von altem Anfang an beabsichtigt war: eine wesentliche Ausdehnung der Kommandogewalt mitten in das bürgerliche Leben hinein, eine Beschränkung der politischen Bewegungs- und Ueberzeugungsfreiheit aller Bürger, soweit man sie irgendwie geistlich oder nicht geistlich mit dem Heere in Verbindung bringen konnte. Die Mittel hierzu waren das Ernennungsrecht der Krone auch für die Offiziere des Wehrdienstes, die Entlassung dieser Offiziere und die Ehrengerichte. Die strafflose Handhabung dieser Rechte hat ein weltweites System von sehr fühlbaren oder auch vermeintlichen Abhängigkeiten geschaffen, die die Gewalt der Regierung auch in politischen Dingen weit über die Grenzen der Verfassung hinaus erhöht haben.“

Gädke weist dann im einzelnen nach, wie speziell das Ernennungsrecht der Krone für die Offiziere des Wehrdienstes die Handhabe zur verfassungswidrigen Vorkontrollierung einzelner Konfessionen geliefert und darüber hinaus zur Knebelung jeder freien Betätigung der Offiziere des Wehrdienstes geführt hat. Er schließt seine Betrachtungen mit der Forderung:

„Diese Beispiele zeigen klar, wohin die gegenwärtige Stellung des Militärkabinetts führt; sie ist der letzte Grund des herrschenden Militärabsolutismus, der unmaßstäblichen Eingriffe in die bürgerliche Freiheit der Preußen und der Deutschen. Sie muß daher in jedem Falle beseitigt werden; ein Parlament, das sich seiner ersten Pflicht bewußt ist, mühte vor allen Dingen den Kampf gegen diese verfassungswidrigen Zustände auf seine Fahne schreiben.“

Der Liberalismus hat bekanntlich in dem von der Sozialdemokratie unternommenen Vorstoß gegen den Absolutismus derart kläglich versagt, daß man sich kaum der Illusion hingeben vermag, er werde sich in Zukunft heldenhafter benehmen!

Ein hübsches Geständnis.

Die agrarische Presse sucht die Wichtigkeit der Landwirtschaft und damit die Notwendigkeit der Wegmilderung der Landwirtschaft unter anderem auch mit dem Argument zu begründen, daß schon im Interesse der Wehrfähigkeit des Landes durch eine Politik der Liebesgaben die Landwirtschaft (in Wirklichkeit meint man den landwirtschaftlichen Großbesitz) besonders gehäufelt werden müsse. Bessere doch die Landwirtschaft prozentual doppelt soviel Ackerbau wie die industrielle Bevölkerung. In diesem Gegenstande wird nun der „N.-Westf. Ztg.“ von medizinischer Seite geschrieben:

Für die Heeresergänzung sind letzten Endes nicht die Verhältnisse, sondern die absoluten Zahlen maßgebend. Nun lehrt die Statistik, daß nur etwa 1/3 aller Soldaten von landwirtschaftlich tätigen, 2/3 dagegen von anderweitig beschäftigten Vätern abstammen. Man sieht also, daß die relative Abnahme der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen und ungenügende Folgen für die Wehrfähigkeit und mithin für die Gesundheit des Volkes nicht zeitig ist. Und ferner muß man bei der in Rede stehenden Statistik beachten, daß die Unterschiede hinsichtlich der Ergiebigkeit für die Heeresergänzung weniger von den väterlichen Berufsarten an sich abhängen, als vielmehr davon, ob die Väter selbständig oder unfreiwillig waren. Die selbständigen stellten nämlich, soweit sie landwirtschaftlich tätig

waren, verhältnismäßig mehr als doppelt so viel, soweit sie anderweitig beschäftigt waren, relativ fast doppelt so viel Söhne zum Heeresdienst wie die unfreiwilligen. Diese liefern, soweit es sich um Väter aus der Landwirtschaft handelt, verhältnismäßig das gleiche geringe Kontingent, wie die nicht landwirtschaftlich beschäftigten. Daraus erhellt mit aller Klarheit, daß die Erhaltung der Selbständigkeit, ganz gleich welcher Verursacher Betracht kommt, von der größten Wichtigkeit für die Wehrfähigkeit ist.

Aber die Berufsanzahl hat erwiesen, daß die relative Zahl der Selbständigen, sowohl in der Landwirtschaft wie besonders in der Industrie, wesentlich abnimmt. Die Masse der unfreiwilligen vergrößert sich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands immer mehr, so daß dadurch die Aushülfen für die Heeresergänzung immer schlechter werden. — Im Interesse der Wehrfähigkeit der Nation wie zum Wohle der Volksgesundheit im allgemeinen wird es mithin notwendig sein, durch geeignete Maßnahmen den unfreiwilligen zu geben, was die günstigere Lage der Selbständigen ohne weiteres bietet. Durch Staats- und Selbsthilfe müssen die unfreiwilligen und ihre Nachkommen in hygienische Zustände versetzt werden, durch die der Mangel der Wohlhabenheit wenigstens in gesundheitlicher Beziehung ausgeglichen wird.“

Also: Es ist nicht die industrielle Beschäftigung, die den Prozentfuß der Wehrfähigkeit herabsetzt, vielmehr die wirtschaftliche Unselbständigkeit, die auf dem platten Lande genau in demselben Maße wie in der Industrie die körperliche Entwicklung hemmt! Die Junker, die über die industrielle Entwicklung zernern, haben es also selbst durch das Dauernlegen, durch die Annexion eines vollen Drittels des gesamten Grund und Bodens in Preußen verschuldet, daß die Zahl der Wehrfähigen nicht größer ist!

Weiter aber weist der Mediziner der „N.-Westf. Ztg.“ auf die eigentliche Grundursache der geringeren körperlichen Entwicklung der wirtschaftlich Abhängigen, der Land- wie der Stadtproletarier, hin: auf ihren Mangel an Wohlhabenheit, auf die unhygienischen Zustände, in der die stets wachsende Masse des Volkes zu leben verdammt ist.

Das ist in der Tat das Pudelswort! Höhere Löhne, die bessere Ernährung, bessere Wohnung, mehr freie körperliche Betätigung ermöglichen, würden ohne weiteres auch die physische Minderwertigkeit des deutschen Proletariats beseitigen!

Die Scharfmacher und Lohndrücker in Stadt und Land sind es also ganz allein, die Deutschlands Wehrkraft nach wie vor bedrohen!

Ein Kind als Steuerzahler.

In der Zeit vom Mai bis 1. August d. J. war in Wittingen bei Neuh (Rheinland) ein eben aus der Schule entlassener Knabe aus Weisenberg (Kreis Neuh) bei einem Milchhändler als Arbeitsjunge in Dienst bei 7,50 M. Monatslohn. Nach seinem Dienstaustritt schrieb seine Eltern an das Bürgermeisterei Wittingen um Auszahlung des Abmeldegeldes für ihr Kind und legten für Rückporto eine 10 Pf.-Marke bei. Einige Tage darauf erhielten sie vom Bürgermeisterei Wittingen einen Rücknahmefreischreiben über 60 Pf., die sie natürlich zahlten. Der Brief enthielt den Abmeldebescheinigung für den Jungen und die lakonische, schriftliche Mitteilung: „An Steuern wurden 50 Pf. nachgenommen.“ Wofür in ganzen 60 Pf. nachgenommen, war nicht angegeben.

Ein Kind von 14 Jahren mit 60 M. Jahresverdienst wird mit 2 M. zur Steuer veranlagt, während viele unserer Agrarier in Preußen steuerfrei bleiben. Höher geht wohl nimmer. — Dabei hat der Vater des Jungen noch für acht Kinder unter 14 Jahren zu sorgen.

Eine glänzende Auszeichnung.

Dem neuen Reichstanzler ist eine hohe Ehre widerfahren. Er, der bisher nur Rittmeister a. D. war, ist in Anerkennung seiner Verdienste zum Major befördert und ihm die Berechtigung erteilt worden, die Uniform des 1. Gardebrigadenregiments zu tragen.

Das „Militärwochenblatt“ bringt folgende Meldung: v. Veltmann Hollweg, Rittmeister a. D., zuletzt Oberleutnant des zweiten Aufgebots der Gardebrigadenregiments (Potsdam) unter Verleihung des Charakters als Major mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform des 1. Gardebrigadenregiments bei den Offizieren à la suite der Armee angestellt.

Da der Reichstanzler sehr glücklich um die anstößige „Majors-ede“ herum ist, bringt er es vielleicht doch noch zum Oberleutnant oder Obersten. Dem Verdienste seine Krone!

Folgen der neuen Tabaksteuer.

Im fünften Gau des Tabakarbeiterverbandes (Weissalen, Lippe, Waack) fanden infolge der neuen Tabaksteuer folgende weitere Arbeiterentlassungen statt. Es wurde gekündigt in Südtengern bei der Firma B. Seiden 68 Zigarrenarbeiter, bei Wöhlen und Wändel 12 Arbeitern; in Wände bei Kisthoff u. Meinhof 27, bei Müller u. Woltgen 48, bei Heinecke u. Co. sämtlichen Arbeitern, bei Steimmeister 48, bei Gebr. Hofbrauer 90, bei Krüger u. Wilmann 120 Arbeitern; bei Wiemann u. Antelnot in Kirchlangern 7 Arbeitern; bei Curmester u. Kobenzel in Rüssel 81 Arbeitern. Der Zigarrenfabrikant Kroschmann in Lönabrad (Hannover) schloß am 14. August seine Fabrik. Zur Entlassung kamen 14 Arbeiter, die sämtlich im Alter von 60 bis 70 Jahren stehen und zehn bis fünfzig Jahre bei Kroschmann gearbeitet haben. Die Firmen Paradise und Jaakohn, beide in Bielefeld, haben ebenfalls sämtliche Arbeiter entlassen, desgleichen die letztere Firma ihre sämtlichen Arbeiter in Enger. Auch die Firma Rhode in Deynhagen hat ihren sämtlichen Arbeitern gekündigt.

Das sind in den letzten 14 Tagen zusammen circa 900 Arbeiter, die allein in Weissalen und dem angrenzenden Tabakindustriegebiet ihre Arbeitsstelle durch die neue Steuer verloren haben.

Das Ende der Reichstagskandidatur Weinhausen.

Der für den Wahlkreis Landberg-Soldin aufgestellte Kandidat der Liberalen, Generalsekretär Weinhausen, ist von der Kandidatur zurückgetreten, weil die notwendige Einigkeit aller Liberalen nicht zu erreichen war, weil die notwendige Einigkeit aller Liberalen nicht zu erreichen war, weil die notwendige Einigkeit aller Liberalen nicht zu erreichen war. — Der Wahlkreis dürfte auch dadurch beeinträchtigt worden sein, daß in der Presse ein Brief des Herrn Weinhausen veröffentlicht wurde, in der er sich erdicht zeigte, die mittelständlerische Agitation in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Das war im Jahre 1900. Auf die von ihm damals bekämpften Mittelständler wäre Herr Weinhausen aber jetzt angewiesen gewesen, und daß ihm dabei der Brief nicht förderlich sein konnte, hat er jedenfalls selbst eingesehen.

Kommunale Abgaben auf Zucker.

In verschiedenen Gemeinden Elsaß-Lothringens ist in letzter Zeit der Vorschlag aufgetaucht, zur Erhöhung der Gemeindeeinnahmen den im Gemeindebezirk verbrauchten Zucker mit einer kommunalen Verbrauchsabgabe (Zuckersteuer) zu belegen. Dieses Vorgehen bezweckt den Verein der deutschen Zuckerindustrie sich an die Reichsregierung mit dem Ansuchen zu wenden, solchen Posten

versuchen entgegenzutreten. Der Staatssekretär des Reichsschatz-amtes hat darauf folgendes erwidert:

„Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Ab-standnahme von der Erhebung von Gemeindeforderungen auf Zuder in Elsass-Lothringen zu veranlassen. Die dortselbst angeführt wird, finden nach § 5 des Gesetzes vom 20. Juni 1878 betreffend die Einführung der Verfassung des Deutschen Reiches in Elsass-Lothringen die Bestimmungen, denen die Erhebung von Abgaben für Rechnung der Gemeinden nach Artikel 5 des Zollvereinigungs-vertrages vom 8. Juli 1867 unterliegt, auf die in Elsass-Lothringen bestehenden Bestimmungen über das Oktroi bis auf weiteres keine Anwendung. Eine Anregung, das danach den elsass-lothringischen Gemeinden zustehende Besteuerungsrecht jetzt für Zuder auszuschließen, verpricht umso weniger Erfolg, als mit dem Inkrafttreten des auch für Elsass-Lothringen geltenden § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 den Gemeinden am 1. April 1910 bereits die Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett entzogen werden.“

Ein Amt gefunden.

Die die „Staatsbürger-Liste“ mittels wurde Reichstags-abgeordneter Dr. Böhm, Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, zum Syndikus des Deutschen Bauernbundes berufen und ist als solcher dem Vorstand des Deutschen Bauernbundes beigetreten. Der Vorstand des Deutschen Bauernbundes setzt sich demnach aus folgenden Herren zusammen: Abg. Wamhoff, Wachstorf de Wente (beide nationallib.), Abg. Dr. Böhm (Syndikus), Abg. Löcher (frei-solvenzial), Anführer Harte (kons.), Abg. Dr. Böhm wird beim Zusammentritt des Reichstages sich nicht mehr — um der Zentralität des Deutschen Bauernbundes willen — der Wirtschaftlichen Vereinigung anschließen; er wird fraktionslos.

Kreta.

Die Schuttmächte haben zugleich in Konstantinopel und in Kreta mit Verwöhnungsaktionen zu tun. Die türkische Re-gierung, auf die das jungtürkische Komitee einen starken Druck ausübt — die letzte Note an Griechenland soll auf direkten Befehl des Komitees abgefaßt worden sein — führt augenblicklich wieder eine etwas kriegerische Sprache. So erklärten am Montag maßgebende Stellen der Pforte beim diplomatischen Empfang, daß die Pforte darauf bestünde, daß Griechenland die in der türkischen Note verlangte Erklärung bezüglich Kretas abgebe.

Der Großwesir äußerte sich zu mehreren Diplomaten, daß er von nun an alle weiteren Anträge zur Wäßigung rundweg ablehnen werde, da darin ein ungerechtfertigter Vorwurf gegen die Haltung der Türkei liege. Angesichts dieser Haltung werden zwischen den Kretaschuttmächten direkte Verhandlungen gepflogen wegen eines neuerlichen ernstlichen Schrittes, den die Schuttmächte bei der Pforte in der Form einer Kollektivnote unternehmen sollen, deren Ueberreichung unmittelbar bevorsteht.

Auf Kreta ist ein solcher Schritt schon geschehen. Es wird aus Canca vom 12. August gemeldet:

„Die Konsuln der Schuttmächte haben der kretischen Re-gierung mitgeteilt, daß die griechische Flagge morgen niedergeholt werde. Sie machten hierbei auf die nicht wieder gut zu machenden Folgen aufmerksam, die jeder Angriff auf die internationalen Ban-dungstruppen haben würde. Die provisorische Regierung richtet in einer Proklamation an das Volk die Mahnung, sich dem Willen der Mächte voll-ständig zu unterwerfen.“

Oesterreich.

Und Parlament.

Wien, 17. August. Einer heute stattfindenden Konferenz der Parteiführer des Abgeordnetenhauses zur Besprechung der Frage, wie das Parlament arbeitsfähig zu machen sei, gingen Besprechungen der einzelnen Parteien voraus. Die parlamentarische Kommission der slavischen Union hat gegen die Stimmen der tschechischen Nationalisten beschlossen, an der Konferenz teilzunehmen. In dem Beschlusse beharrt die Union auf dem Stand-punkt der entschiedenen Gegnerschaft gegen das jetzige Regierungssystem und behält sich Vorschläge vor. Der Vollzugsausschuß der deutschen Parteien beschloß, alles zu versuchen, um die Arbeitsfähig-keit des Hauses wieder herzustellen.

Ungarn.

Das Detayren-Regiment.

Ugram, 17. August. Wegen des Verbotes einer so-zialistischen Versammlung fanden abends große Ar-beiterdemonstrationen in den Straßen statt. Die ein-schreitende Polizei wurde mit einem Steinhaue empfangen und sah sich gezwungen, (1) von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Zwanzig Personen wurden durch Säbelschläge verwundet, zahlreiche verhaftet.

Belgien.

Der Merkantilismus an der Arbeit.

Einer der beliebtesten Gründe, die für volkswirtschaftliche Wohl-stande ins Feld geführt werden, ist die „mangelhafte Reife“ der breiten Massen, die sie selber untauglich mache, die scharfe Waffe des Stimmzettels in einer ihnen selbst wie dem Staatsinteresse förderlichen Weise zu gebrauchen. Wäre das ehrlich gemeint, so müßten die Regierungen, die dieses Argument gebrauchen, die Er-giehung der Wähler zum sachgemäßen Gebrauch ihrer Rechte durch Ausbau der Volksschule als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Tatsächlich geschieht aber das Gegenteil, am schlimmsten dort, wo die Merkantilisten-Parteien das Staatsruder führen. Ein schlagender Beweis ist vor allem Belgien, das sich nun seit 25 Jahren des Segens Merkantilistischer Staatsverwaltung erfreut. Vernachlässigung der Volksschule, Ueberantwortung des Unterrichts an die geistlichen Feinde der Volksaufklärung ist hier die Parole. Im Brüsseler „Peuple“ weist Genosse Dr. Terwagne nach, was es mit der ultramontanen Volkserziehung auf sich hat.

Als die Merkantilisten 1884 Oerren des Staates wurden, be-gannen sie sofort mit der Beseitigung der Wirkungen des liberalen Schulgesetzes von 1879; schon 1885 waren von 1933 staatlichen Volksschulen 577 verschwunden, dafür 1465 geistliche als öffentliche Lehranstalten anerkannt. Langsam und sicher wurde dieses System dann ausgebaut. Im Jahre 1902 gab es an den Volksschulen 3708 nicht geprüfte Lehrer, Gegenwärtig sind es rund 4500. Allein von 1902 bis 1905 traten 890 ungeprüfte geistliche „Volksschüler“ in den Schuldienst ein. In diesen 3 Jahren stieg die Zahl der geist-lichen Lehrpersonen von 8086 auf 10.261, d. i. um 19 Proz. Und was lehren diese „Brüderlein“ und Schulschwärmer? Eine Liste der Lehrbücher würde als Hauptteil des Unterrichts die Auslegung des Merkantilismus, die Geschichte der Heiligen und die Glaubensver-teidigung ergeben, alles behandelt in einer Art, die Panatier er-ziehen muß, voll Verachtung unseres öffentlichen Rechts und unserer Verfassung, der Grundlagen des modernen demokratischen Staates selbst.“

Nicht besser ist es bestellt um die Ausdehnung des Unterrichts. Bekanntlich kennt Belgien noch immer nicht die Schulpflicht. Die Freiheit des Schulzwanges hat der Merkantilismus von dem alten Liberalismus überkommen und, Freund jeder „wahren Freiheit“, sorgfältig erhalten. So berichtet die Verwaltung der Vorstadt Anderlecht bei Brüssel, daß von 10.671 Kindern zwischen 6 und 12 Jahren 3200 ohne Unterricht aufwachsen. Von den rund 7500 Schulkindern besuchen 1754 die geistlichen Schulen. So in einer Stadt von 62.000 Einwohnern vor den Toren der Hauptstadt! In ganz Belgien aber entbehren mehr als 150.000 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren des Schulunterrichts. Am schlimmsten ist es damit in den flämischen Provinzen, Hochburgen des wahren Glau-bens, bestellt. So ergab die Prüfung der Stellungsplichtigen im Jahre 1906, daß im flämischen Gebiet von 1000 zwanzigjährigen Männern nur 84 eine abgeschlossene Volksschulbildung besaßen, während 190 nicht lesen und schreiben konnten. In wallonischen Lande, das weniger Glauben und mehr weltliche Gemeindefschulen hat, zählte man unter 1000 Rekruten 176 mit voller Schulbildung und „nur“ 122 Analphabeten. Im ganzen gab es 8,47 Proz. mit Volksschulbildung, gegen 6,5 Proz. im Jahre 1880. Das ist der Fortschritt in 26 Jahren. Die Zunahme betrug in den wallonischen Provinzen jährlich 0,3 Proz., in den flämischen aber 0,08 Proz. Und dabei hat das Ministerium die Freiheit, zu schreiben: „Die Freiheit des Schulbesuchs hat den Unterrichtsbetrieb soweit ge-fördert, daß man bald keine Kinder ohne Schulunterricht mehr fin-den wird.“ Terwagne rechnet aus, daß dieses „bald“, wenn das jetzige Tempo beibehalten wird, soviel bedeutet wie 200 Jahre. Gläubigerweise aber wird es rascher gehen. Der Henker steht der Merkantilist Schandwirtschaft schon vor der Tür, trotz aller Volkerverdummung.

England.

Die südafrikanische Union.

London, 16. August. Das Unterhaus hat heute den Gesetzentwurf über die Südafrikanische Union einstimmig in zweiter Lesung angenommen.

Vom englisch-indischen Kriegsschauplatz.

London, 17. August. Der indische Student Dhingra, der den Obersten Turzon Whyle ermordete ist heute früh hin-gerichtet worden.

Dänemark.

Der neue Ministerpräsident.

Der neue Kabinettschef Graf Solstein-Ledeborg steht im 71. Lebensjahre, hat früher als Abgeordneter der gemäßigten Demokratie angehört, seit langem aber am politischen Leben keinen aktiven Anteil mehr genommen. Nach dem Rücktritt des Ministeri-ums Reergaard wurde sein Wort, daß eine konsequente Neu-tralitätspolitik Dänemark besser schützen würde als jede dort mögliche Militärreform, viel besprochen. Angesichts dieses Wortes überrascht es, daß in dem Programm des Grafen Solstein dem König vorgeschlagenen Minister eine Koalition von Landbesitzern und Arbeitern enthalten sein soll, die freilich von dem ursprünglichen Plane erheblich abweichen dürfte. Näheres über dies Programm ist noch nicht bekannt geworden.

Rußland.

Zur Lage der politischen Verbannten.

Im Transportgefängnis in Krasnojarsk, das von allen Gefangenen passiert wird, die in politischen Prozessen zum Verlust aller Rechte und zur Deportation nach Sibirien verurteilt worden sind, ist eine Enquete veranstaltet worden, die interessante Auf-schlüsse über den Charakter der politischen Verbannten in Sibirien gibt.

Von den 218 Verbannten, auf die sich die Enquete erstreckte, waren 110 Russen, 40 Juden, 24 Polen, 24 Letten, 13 Kau-kasier usw.

Mehr als die Hälfte aller Verbannten (63 Proz.) hatte das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht, darunter waren 16 Proz. noch nicht volljährig. Die Zahl der Frauen belief sich auf 24 gegen 194 Männer. Nach den Berufs geordnet ergaben sich: Arbeiter 55 Proz., Handelsangestellte 11 Proz., intelligente Berufe 28 Proz. Wie sehr sich der Bestand der Verbannten demokratisiert hat, ist daraus ersichtlich, daß von 61 Intelligenzen bloß einer von ablieger Abstammung war, während 39 Kinder von Arbeitern, Bauern, Handwerkern usw. waren.

Dem sozialen Bestand entspricht auch das Bildungs-niveau. Von 218 Personen hatten bloß 14 Hochschulbildung und 38 Gym-nasialbildung genossen. Die übrigen hatten Volksschulen, Kirchen-schulen usw. besucht. Zwei waren des Lesens und Schreibens unfähig.

Nach ihrer Parteizugehörigkeit gruppierten sich die Verbannten folgendermaßen: 104 Sozialdemokraten, 74 Sozialrevolutionäre, 6 Anarchisten usw.

65 Proz. aller Angeklagten in den betreffenden Prozessen wurden wegen Zugehörigkeit zu verbrecherischen Gesellschaften angeklagt, 12 Proz. wegen Propaganda in der Armee, 20 Proz. wegen des Drucks und der Verbreitung illegaler Literatur. Insgesamt wurden in diesen Prozessen 912 Personen zur Ver-antwortung gezogen, von denen verurteilt wurden: 197 (22 Proz.) zu Zwangsarbeit, 272 (30 Proz.) zur Deportation, 86 (4 Proz.) zur Arrestantenkompanie, 55 (6 Proz.) zur Festungshaft. Ge-richtet waren 52, freigesprochen 252, begnadigt 7 Personen. Außerdem wurden 4 Personen bei der Verhaftung getötet, einer endete mit Selbstmord, einer wurde wahnsinnig.

Auf jeden der befragten 218 Personen entfallen im Durch-schnitt 15 Monate Unterjuchungshaft, 83 Personen verbrachten in der Unterjuchungshaft 1 1/2 bis 3 1/2 Jahre. Insgesamt hatten 214 Personen 2882 Jahre Gefängnisstrafe hinter sich.

Marokko.

Die spanischen Streitkräfte in Afrika.

Die Spanier schicken noch immer Truppen nach Melilla hinüber, um dort für die „Ehre des Vaterlandes“, das heißt in diesem Falle: für den Profit der an den Bergwerken im Rifgebiet beteiligten spanisch-französischen Kapitalisten, zu kämpfen. Nach einer amtlichen Aufstellung verfügt der General Marina jetzt über folgende Truppen: 22.170 Mann Infanterie, 1000 Mann Kavallerie, 2000 Mann Artillerie, 670 Mioniere, 400 Mann der Telegraphenabteilung, 115 Mann von der Luftkammerabteilung, 100 Eisenbahner, 900 Mann Train und 230 Sanitätsoldaten, zusammen also etwa 27.500 Mann, ferner an Material: 1856 Pferde, 265 Zug- und 2750 Last-Maultiere, 28 Maschinengewehre, 20 Schnell-feuerkanonen, 36 Berggeschütze, 2 Fesselballons, 48 optische, 12 elektrische, 8 telephonische, 8 akustische Stationen, 18 Fern-sprecher und 128 Kilometer Leitungsdraht, 6 Scheinwerfer und Pelte für 34.000 Mann.

Paris, 17. August. Nach weiteren Telegrammen aus Melilla griffen die Mauren, die auf den denachbarnten Höhen ver-schanzt waren, die spanischen Kolonnen in dem Augenblicke an, wo die Wagen abgefaßt wurden, wurden aber von spanischen Batterien wirksam beschossen; auch eine Gebirgsbatterie, die die Aufstellungskolonnen begleitete, beteiligte sich an dem Kampfe. Es gelang, den Feind aus seiner Stellung zu vertreiben, wobei er große Verluste erlitt. Auch vorgestern hatten die Mauren große Verluste, als sie die Bedeckung eines Lebensmitteltransportes an-

griffen und sich durch eine Dikt besetzten, ihre gedeckts Stellung zu verlassen.

Paris, 17. August. Der Korrespondent des „Ratin“ in San Sebastian hatte mit dem dort weilenden spanischen Minister des Neuern Alendekalazar eine Unterredung. Der Minister er-klärt, bei der geringen Autorität, die Mulah Hafid im Rifgebiet besitze, glaube er nicht, daß dessen Gesandtschaft dort Erfolg haben werde. Von einer Note, die Mulah Hafid an die Mächte gerichtet haben soll, um eine Intervention in dem Streite mit Spanien herbeizuführen, wisse er nichts. Die Mächte würden auch wohl schwerlich einem solchen Verlangen Folge geben, da die Spanier im Rifgebiet einen Angriff zu wagen hätten und jedenfalls die militärischen Operationen im Rifgebiet nicht unbeschrieben würden.

Amerika.

Die Korruption.

Ungewöhnliche Bestechungen von Amtspersonen werden aus Chicago berichtet. Der Polizeikommissar Roc Cann erhielt Tribut von 100 in seinem Bezirk liegenden Borkellen. Auch andere hohe städtische Beamte und Politiker sind beteiligt. Eine Liste ergab, daß allein im ersten und zweiten Polizeidistrikt jährlich 300.000 bis 700.000 Dollar für „polizeilichen und politischen Schutz“ bezahlt wurden. Da findet man Hotels, Tingeltangel, Spiel- und Opiumhöhlen, Rastageräume und direkte Vorkasse usw. Auch gewerbetreibende Tagelöhner und andere offene Spitzbuben zahlten ständige Abgaben.

Landeskonferenz der Sozialdemokratie Anhalts.

Die Konferenz, von 84 Delegierten, darunter 6 Genossinnen, besucht, fand letzten Sonntag in Köthen statt. Die beiden Reichs-tagskandidaten von Anhalt, Kurt Eisner-Rürnberg und Ferdinand Bender-Eberfeld, waren ebenfalls anwesend. Aus dem Bericht des Parteisekretärs Günther ist hervorzuheben, daß die Zahl der organisierten Genossen im letzten Jahre von 5400 auf 5487 stieg. Darunter befanden sich 1298 Genossinnen. Der Fortschritt der Organisation wurde sehr genehmigt durch den fortwährenden Abzug organisierter Genossen. Anhalt hat in der letzten Volkszählungsperiode, die einen Geburtenüberschuß von 20.000 Seelen zeigte, 8000 Menschen an das Ausland abgegeben. Die Wieder-neugewinnung von Parteimitgliedern aus den austretenden länd-lichen Arbeitern ist natürlich nicht leicht. Die Tätigkeit des seit einem halben Jahre im Amte befindlichen Parteisekretärs hat sich aber schon fruchtbar erwiesen. In 60 Besprechungen gewann er 222 Mitglieder.

Die Kreisliste von Anhalt I hatte einschließlich eines Klassen-bestandes von 891 W. eine Gesamtzahl von 6064 W., die von Anhalt II einschließlich 484 W. Klassenbestand 3595 W. Die Orts-listen hatten daneben in Anhalt I 14.827 W., in Anhalt II 8558 W., wobei in Anhalt I ein Klassenbestand von 3700, in Anhalt II von 1084 W. mit eingerechnet ist. — Sozialdemokratische Gemeinderats-mitglieder zählt man jetzt 80 (gegen 72 im Vorjahre).

Die freien Jugendorganisationen haben bisher 210 Mitglieder in Anhalt I, 63 in Anhalt II.

Zum Parteitag ward folgende Resolution angenommen, die der Parteisekretär gestiftet hatte:

„Der im § 5 des Organisationsstatut-Entwurfs vorgeschlagene Festlegung eines Mindestbeitrages von 30 Pf. monatlich für männ-liche Mitglieder stimmt die Landeskonferenz zu. Die Konferenz hofft aber, daß die hiermit für Anhalt verbindende Beitrags-erhöhung um 5 Pfennig pro Monat erst mit dem 1. April 1910 in Kraft tritt, da sich die herannahende Winterzeit mit der zu erwartenden Arbeitslosigkeit zu einer Erhöhung der Beiträge nicht eignet. Die dem Parteitag vorliegenden weitergehenden Entwürfe, wie Einführung des 10 Pf.-Wochenbeitrages für männliche Mitglieder, obligatorische Lieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder und Er-höhung des Monatsbeitrages für die letzteren auf 20 Pf. sind entschieden abzulehnen, da eine solche Maßnahme einen Mitgliederverlust befürchten läßt.“

Sobann ward der folgende Antrag des Genossen Eisner an den Parteitag von der Konferenz einstimmig angenommen:

Der Parteitag möge beschließen:

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, ein Aktions-programm von aktuellem, gesetzgeberischen Arbeiten zu ent-werfen und im Reichstag einzubringen, die unabhängig von den Vorschlägen der Regierungen und den Entwürfen der bürgerlichen Parteien den schöpferischen Willen der Sozialdemokratie und des Proletariats verkörpern, und so gestaltet sind, daß sie un-mittelbar, auch in der bürgerlichen Gesellschaft, ausführbar sind. Allen Gesegentwärtigen sind umfassende Begründungen beizugeben; sie bilden zugleich die Grundlage für Abänderungs-vorschläge an Entwürfen der Regierungen und unserer Gegner.

Als solche Gesegentwärtige kommen zunächst in Betracht: Eine demokratische Revision der Verfassung, systematische Militärreform, Reichsfinanzreform, einheitliches Arbeiterrecht (Arbeitergesetz und Arbeiterversicherung), Reichsaufgebot, Strafrecht und Strafprozeß.

Die Fraktion soll zu diesem Zweck einen ständigen Arbeits-ausschuß einsetzen, der auch nichtparlamentarische Sachleute hinzu-ziehen kann.

Die von dem Genossen Eisner dazu gegebene Begründung ward mit kläglichem Beifall aufgenommen. Genosse Peus sprach nach dem Wunsch aus, daß die Erörterung dieses Antrages auf dem Parteitage zur Förderung der Sachlichkeit der Debatten beitragen möge.

In bezug auf die Taktik bei den Wahlkämpfen ward ebenfalls einstimmig die folgende Resolution des Genossen Peus an-genommen:

„Die verabschiedete „Reichsfinanzreform“... ist die unab-wendbare Konsequenz der Hottentottwahlen des Jahres 1907.“

„Allen Lohnarbeitern, einschließlich den Angestellten und Beamten, aber auch dem durch teilweise abweichende Interessen von der Arbeiterklasse geschiedenen Kleinbürgertum, wie endlich auch der kleinhäuerlichen Bevölkerung ist zum Bewußtsein zu bringen, daß keine fortschrittliche und volkstümliche, der großen Masse des Volkes nützliche Politik möglich ist gegen die Sozialdemokratie. Nur durch die Sozialdemokratie, nur mit ihrer Hilfe ist eine Befreiung des Volkes von der aus-beuterischen und unterdrückenden Politik der Junker und Pfaffen möglich.“

Nach dem Leipziger Parteitag werden von Anhalt I die Genossen Eisner und Deist delegiert. In Anhalt II muß noch Urwahl stattfinden, da ein Delegierter gewählt werden soll, aber zwei Vorschläge Günther-Vernburg und Giske-Rienburg, gemacht worden sind.

Zum Landesvorsitzenden wurde Genosse Deist gewählt.

Soziales.

In Oberkirch (Baden) brachte die Wahl der Arbeitnehmer zur Ortskrankenkasse unseren Genossen und den freien Gewerkschaften einen sehr erfreulichen Sieg über die Christlichen unter Führung des berühmten Rechtsmeisters Kaplan Sauer. Dieser hatte die Wahl an-sehen lassen, in welcher die freie Liste mit 69 Stimmen gestieg hatte. Mit Pathos ließ er im schwarzen Watt verkünden, daß nur der Sozialdemokratie gezeigt werde, daß es kein Boden im katho-lischen Rheinland für sie sei. Mit Dienstmädchen und Frauen wurden am Sonntag von der Kirche ausgerufen, die während der Agitation entfaltet. Resultat: Sieg der freien Liste mit 170 Stimmen.

Gewerkschaftliches.

Beiseitiges Christentum.

Ein interessantes Zeugnis findet man in Nr. 33 der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“. Dort liest man in einem Artikel „Gegen die Arbeiterinteressen — für das Unternehmertum“:

„Wir stehen in der Textilindustrie einem starken, kapitalkräftigen Unternehmertum gegenüber, das im allgemeinen gewiß nicht mit sozialem Ziel gefaßt ist. — Die Lage der Textilarbeiter ist keine rosige. Durch die wirtschaftliche Krise und die gewaltige Teuerung (!) ist ihre Lebenshaltung durchweg unter das Lebensminimum gesunken. Hier muß geholfen werden.“

Das steht in derselben Nummer des christlichen Gewerkschaftsblattes, in welcher der Zentralvorstande Schiffer, von Zentrumsnutzen M. d. N., seine Getreuen „auf die Schanzen“ ruft — nicht etwa gegen das Zentrum, das die gewaltige Teuerung verschuldet hat, sondern gegen die — Sozialdemokraten und den freien Textilarbeiterverband, die das volksfeindliche Verhalten des Zentrums, einschließlich der sieben dem Zentrum angehörenden „Arbeiterabgeordneten“, gebührend kritisiert haben. An anderer Stelle liest man:

„Die Arbeiterschaft mag mit Recht über den Ausgang der Steuerreform unzufrieden sein.“

Das hätte Held Schiffer und seine sechs Arbeiterkollegen im Zentrum auch früher wissen und demgemäß handeln müssen. Sie haben aber die ungeheure Belastung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern nicht nur widerspruchslos gesehen lassen, sondern sogar dafür gestimmt, weil, wie auf der ersten Seite derselben Nummer zu lesen ist: „große, tiefschneidende politische Fragen bei der Reichsfinanzreform den Ausschlag gaben“. Die große politische Frage heißt besamtlich „Zentrumsherrschaft“. Um diesen Preis muß also die Arbeiterschaft darben und wird obendrein noch von Arbeitern, die im Zentrum sitzen, verhöhnt. Nun — die gebührende Antwort wird nicht ausbleiben. Schon vernehmen sie die Arbeiter-„Vertreter“, die dem Volke den Vortofb höher hängen, und sie sinnen auf — neue Volksaufklärung.

Der christliche Textilarbeiterverband muß schon gegen Mitglieder schwand ankämpfen. In Bocholt, wo vor zehn Jahren die Siege des christlichen Verbandes stand, hat auch die Krise mit voller Schärfe eingesezt. Hier macht sich schon längst eine Mißstimmung gegen den Zentralvorstande Schiffer, der hier früher als Webermeister tätig war, bemerkbar, jetzt kommt Empörung zum Ausdruck. Die Bocholter Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes, die früher etwa 1200 Mitglieder zählte, ist schon um etwa 500 zurückgegangen und wird jetzt, als Dank an das Haus Zentrum für die bescherte Teuerung, jedenfalls noch weitere Einbuße erleiden.

Dem Abg. Schiffer schwapt Unheil und er greift zum Mittel der religiösen Verhegung, um der gerechten Strafe für die zentrumschändlichen Schandtat zu entgehen. In der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ liest man nämlich u. a.:

„Ein Kampf ist uns aufgedrungen, wie er heftiger zwischen der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbewegung noch nicht geführt worden ist . . . ein Kampf zwischen Christentum und Sozialdemokratie.“

Nun soll also das Christentum helfen, die Fahnenflucht aus der christlichen Gewerkschaft zu verhindern, nachdem die Repräsentanten des Christentums vor kurzem nichts Besseres zu tun wußten, als Lebensmittel und Massengebrauchsgegenstände geradezu ungeheuerlich zu verteuern. Wirklich, ein ebenso sonderbares als vielseitiges Christentum.

Christliche Gewerkschaftsführer für Lebensmittelvouchere zur Ehre Gottes, zum Wohle der Kirche, als Schutz des Christentums! Wirklich, die abgestempelte Frömmigkeit läßt sich vielseitig verwenden und — ausnützen.

Berlin und Umgegend.

Der Vorsitzende des Allgem. Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stellt in einer Ansprache an uns die Behauptung auf, eine genaue Prüfung und Unterstutzung des Vereinsvorstandes habe ergeben, daß die in der Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes erfolgten Mitteilungen, Mitglieder des Allgemeinen Verbandes seien jetzt als Streikbrecher tätig, der tatsächlichen Grundlage entbehren.

Achtung, Hausfrauen! Geschäftsleute! Die dem Deutschen Transportarbeiter-Verband als Mitglieder angehörigen Geschäftsführer haben als Ausweis ihrer Mitgliedschaft eine grüne Legitimationskarte. Wir bitten die Frauen unserer Gewerkschafts- und Parteigenossen sowie die Geschäftsleute, die mit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sympathisieren, uns in unserem Vorgehen zu unterstützen. Waren nur von solchen Geschäftsführern zu entnehmen, welche im Besitz der grünen Legitimationskarte des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes sind. Besonders hinweisen wollen wir auf die Arbeiter der Petroleum-, Fettwaren- und Kolonialwarenbranche sowie der Kuischer der Brotbäckereien.

Einige Ausreden bitten wir nicht beachten zu wollen.
Der Transportarbeiter-Verband.
Sektion der Geschäftsführer, Lagerarbeiter usw.

Deutsches Reich.

Weitere Verhandlungen im Hamburger Bauarbeiterausstand.

Auch die Einigungsverhandlungen in Berlin, die am Montag von 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends gepflegt wurden, haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Verhandelt wurde nur über die Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Die Schwierigkeiten, zu einer Einigung zu kommen, ergeben sich daraus, daß im Hamburger Ausstand noch eine Reihe anderer Bauberufe, wie Stukkateure, Töpfer usw. beteiligt sind, die ausgesperrt wurden, nachdem aber auch Forderungen stellten. Ueber deren Forderungen und Angelegenheiten konnte ohne Zuziehung der betreffenden Organisationen nicht verhandelt werden. Um eine Einigung zu erzielen, müssen jedoch auch die Streitigkeiten der Nebenbranchen beseitigt werden. — Es sollen zu diesem Zwecke erneute Verhandlungen noch im Laufe dieser Woche wieder in Hamburg stattfinden.

Streik und Aussperrung der städt. Arbeiter in Kiel sind beendet.

Eine am Montag, den 16. August, abgehaltene Versammlung der Streikenden und Aussperrten hat mit 210 gegen 75 Stimmen — bei 4 Stimmenthaltungen — beschlossen, den Kampf abzubrechen. Die Ursache für den Umschwung in der Schlage bildet die Wiederaufnahme der Arbeit durch 70 Mann aus den eigenen Reihen. Der größten Mehrzahl von ihnen hat der Magistrat die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit zugehen lassen, und dieser Verlockung sind sie unterlegen. Trotzdem Freitag, den 18. August, noch eine Versammlung der Streikenden und Aussperrten beschlossen hatte, im Kampfe auszuharren, ergab sich durch die in den letzten Tagen entstandene Abtrünnigkeit die veränderte Taktik. Zehn Wochen lang haben die städtischen Arbeiter zusammengehalten wie ein Mann. Der Ausgang des Kampfes wäre bei einem weiteren einmütigen Beharren der Ausständigen

im Streik noch nicht in der Weise entschieden gewesen. Der Magistrat befand sich in größter Verlegenheit, da kamen ihm die Ausständigen selbst zu Hilfe. Die Fahnenflucht wurde ziemlich groß, die Aufhebung des Kampfes war deshalb ein Gebot der Notwendigkeit. Dessenungeachtet kann wohl behauptet werden, daß es in diesem Kampfe keinen eigentlichen Sieger gibt, denn auch der Magistrat hat nicht erreicht, was er wollte; auch er ist froh, daß der Konflikt beigelegt ist.

Der Streik in Badisch-Rheinpfalz.

Der zu den von uns berichteten Strawallen führte, ist am 16. dieses Monats beendet worden. Der Fabrikpfortier Wiel, der zwei Arbeiter erschossen hat, und der Fabrikassistent Fischer, der auf Streikposten mit dem Revolver geschossen hat, wurden verhaftet.

Verhandlungen im Schiffahrtsgewerbe.

Hamburg, 17. August. Vertreter des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandes für Binnen-Schiffahrt und verwandte Gewerbe traten heute in die Vorverhandlungen über ein Lohnabkommen ein. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, trotz der mißlichen wirtschaftlichen Lage vom 1. Januar 1910 ab im Interesse der friedlichen Weiterentwicklung von Handel und Verkehr Lohn-erhöhungen zu gewähren. Die Vertreter der Arbeiter wollen die Entscheidung über die Vorschläge einer Versammlung ihres Verbandes überlassen.

Aus der Frauenbewegung.

„Frauenrecht.“

Wenn jemals aus den Reihen verständnisloser Frauenrechtsfeinde eine funkelnde (?!), grandiose (!) Idee als „tiefer Grund“ für die zunehmende Frauenrechtsbewegung zutage gefördert wurde, zugleich empfehlend, wie den „mächtigeren“ Frauen der Garauz gemacht werden könnte — so von Dr. Birch im „Tag“ (12. August). Die wirtschaftliche Entwicklung scheint in der Sphäre des Herrn Dr. B. gar nicht zu existieren, wenigstens in keinem Zusammenhang zu stehen. Jedenfalls aber hat ihm die Geschichte, daß Frauen „Rechte“ beanspruchen, und daß es sogar Männer gibt, die solches anerkennen und unterstützen, bedenklich den Kopf verdreht. Vor der „Bildung“ der Frauen, vor der „im Aufstieg begriffenen Herrschaft der Frauen“, scheint er bereits die geistigen Waffen gestreut zu haben. Von dieser Seite also ist man den Frauen nicht mehr beizugleichen. Darum greift er zu den Waffen der brutalen Gewalt. Zeigt den Weibern das Schwert, Euere Häuse, Euere körperliche Ueberlegenheit! — Das „Aufheben der Kriege (!)“ sei Schuld an der zunehmenden Macht der Frauen; — B. bedauert, daß Europa (außer im Südosten) seit 1871 keinen Krieg mehr hatte und Nordamerika seit 1865 keine Schlacht mehr im eigenen Lande. Er meint, „im Frieden müsse das Weib an Macht gewinnen“. Auch für Amerika resultiert er hieraus die willenslose Unterordnung des sonst so „selbstbewußten, männlichen und herrischen“ Jantes vor der „Frau“ überhaupt.

Abgesehen davon, daß Herr Dr. B. des ethischen Empfindens eines Kulturmenschen in bezug auf die Massenmorderei gänzlich zu entbehren scheint, und seine martialischen Gelüste einerseits ein Manis des Empfindens bezeugen für die sich aus seinem Mittel für die Frauen ergebenden idealen und materiellen Verluste, vermag er andererseits absolut nicht die Konsequenzen eines solchen Falles zu ziehen. Ein Beweis von seiner Erkenntnislosigkeit auf ökonomischem Gebiet. Er zeleert einfach nur über die „mächtigeren“ Frauen, ohne anscheinend jemals die wirtschaftliche Entwicklung und die inneren Zusammenhänge verfolgt und verstanden zu haben. Anderenfalls wäre ihm längst die Erkenntnis aufgegangen, daß es sich nicht um „mächtigeren“ Frauen handelt, die sich nur ihre natürlichsten Menschenrechte und einen Anteil am gesamten Staats- und Wirtschaftsleben aus den Händen „mächtigerer“ Männer erkämpfen müssen! — Manche Frauen sind heute dem Durchschnittsmann an Bildung und Kenntnissen überlegen, dessen ungeachtet sollen sie sich vom Manne die Gesetze diktiert und sich immer weiter als unmündige Geschöpfe behandeln lassen. Das kennzeichnet eben den „mächtigeren“ Mann der auch schnell bereit ist, den circa 10 Millionen erwerbstätigen Frauen in Deutschland alle Pflichten aufzuerlegen! Aber nur annähernd gleiche Rechte! — die müssen sie sich erkämpfen unter den erschwerendsten Umständen.

Daß es unter diesen „mächtigeren“ Frauen auch solche gibt, die „purity“ (Reinheit) des Jünglings vor der Ehe verlangen, das kann den Verfasser des „Tag“-Artikels gar arg entsetzen. Daß aber Frauen sich entsetzen könnten, wenn ihr Auserwählter vor der Ehe dem tiefsten Schmutz der Prostitution anheimfallen mußte, wird wohl dem Herrn kaum verständlich sein; denn seine ganze Auffassung von Moral klingt wiederum verteuelt unethisch und unmoralisch. Die „Zumutung“ an den Mann, die Mutter seines unehelichen Kindes zu heiraten, findet er zum mindesten „sehr bedenklich“, — und zwar hauptsächlich vom Standpunkte der „Massenverbesserung“ aus betrachtet! Ob Mutter und Kind irgendwo als moralisch minderwertige Geschöpfe betrachtet, ein jammervolles Dasein führen das würde diesen Mann nicht alterieren; denn er geht auf die Suche nach einem „purity“-Weib als „Massenzüchter“. Angesichts solcher rüchständigen Geisteshelden, die das Dichterwort „Ehret die Frauen“ umzingeln in „Sucht das Juchttier“, die nur brutale Gewalt als Rückschlag zu entbieten vermögen in einer gewaltig großen und ersten Entwicklungsperiode, die die gesamte Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zu heben verspricht, empfinden die Frauen immer mehr, daß sie geschlossen für ihren Aufstieg, für ihre politische und soziale Befreiung kämpfen müssen.

Die Frauen und die Landtagswahl.

Berlin steht am Vorabend eines Wahlkampfes. Die bürgerlichen Parteien im preussischen Landtage haben vier sozialdemokratische Mandate kassiert. Welche Gründe dabei herhalten mußten, und wie wenig sichhaltig diese Gründe waren, ist in aller Erinnerung. Man wollte die lästigen Sozialdemokraten, die so ungeschämmt die Wahrheit sagten, aus dem reaktionären Parlamente beseitigen. Das war der Grund; das Mittel wurde gesucht. Die Freisinnigen hofften dabei, die ihnen verloren gegangenen Mandate zurückzuerobieren.

Wir ziehen mit großer Zuversicht in den Wahlkampf, haben doch unsere Gegner noch besonders durch ihre Haltung bei der Reichsfinanzreform gezeigt, weß Geistes Kinder sie sind. Die Lasten, die erneut dem arbeitenden Volke auferlegt worden sind, haben große Massen der indifferenten Bevölkerung zum Nachdenken gebracht. Vor allem sind die Frauen ausgerüttelt worden. Sie müssen aber auch bei diesem Wahlkampfe ihre ganze Macht aufbieten, um die uns Fernstehenden für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Frauen müssen sich wohl oder übel vorläufig noch damit abfinden, daß sie als minderwertig im Staate betrachtet werden; sie trösten sich auf Zeit in dem Bewußtsein, daß sie auch ohne die öffentliche Anerkennung gewichtigen Einfluß ausüben können. Die Wirtschaftspolitik des Preußen-Deutschland-Junkerstaats muß aber auch den stumpfsinnigsten Frauen die Augen öffnen. Alle die Frauen, die durch die unausgesehete Blünderung ihres mageren Geldbuckels aufgeschreckt wurden, müssen nun überall dort, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, gegen die Wucherpolitik aufstehen. Der letzte große Raubzug muß das Maß der

Erbitterung gegen die Volksbedrücker zum Ueberlaufen bringen. Die Berliner Frauen werden bei dieser Wahl ihre wirtschaftliche Macht in den Dienst des Kampfes gegen die Volksfeinde stellen. Sie werden sich, durch die Erfahrung gewöhnt, nicht mehr durch leere Versprechungen einfangen lassen, sie werden dafür sorgen, daß die Männer nicht als Angstmeier und Liebediener wählen, sondern als pflichtbewusste Familienhäupter, die für sich und ihrer Angehörigen Wohl ihre Stimme abgeben. Die Frauen müssen ihre ganze Ueberredungskunst aufbieten, um überall agitatorisch für die Sozialdemokratie zu wirken. Schon verschiedentlich haben unsere Gegner die Macht der Genossinnen kennen und fürchten gelernt. Jetzt muß es ihnen besonders leicht sein, den Klassen-genossinnen Aufklärung zu bringen. Die Steuertraube, der Lebensmittelvouchere gibt ihnen die beste Gelegenheit, zu zeigen, daß nur die Sozialdemokratie allein die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt. Und nicht nur unter den Klassen-genossinnen wird eifrige Agitationsarbeit der Frauen gute Früchte tragen, auch anderen Kreisen des deutschen Volkes ist die neue deutsche Wirtschaftspolitik eine Juchttüte. Die Beamten, der kleine Mittelstand spüren ebenfalls die ausplündernde Tendenz der neuen Finanzreform. Die reaktionären „Volksvertreter“ sollen keinen Segen davon haben, daß sie die Frauen als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln. Dieser Wahlkampf muß zeigen, daß trotz der Unterdrückung der Frau diese auch ohne Wahlrecht mit in den Kampf zieht. Unser Wahlkampf richtet sich hier in der Hauptsache gegen die verblödeten Freisinnigen, die durch ihre Verbrüderung mit den Konservativen das politische Verbrechen begangen haben, den Nachzug zu unterlassen. Die Früchte solcher politischen Versündigung sollen sie jetzt ernten. Die kommende Landtagswahl muß ein Volksgerichtstag sein; es muß gründliche Abrechnung gehalten werden. Genossinnen, sorgt mit für Verschärfung des grundsätzlichen, verratenerischen Freisinn!

Seieabende.

Reinickendorf-West. Freitag, den 20. August, 8 Uhr, im Lokal von G. Schulz, Scharnweberstraße 22.

Versammlungen.

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin. Die letzte Generalversammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Alfred Bath in der üblichen Weise. Es wurde sodann ein Antrag angenommen, den schwedischen Arbeitern sofort 150 M. zu bewilligen sowie einen einmaligen Extrabeitrag pro Mitglied von 25 Pf. zu erheben. Den Halbjahresbericht des Vorstandes sowie des Nachweises erstattete Vere. Im ersten Halbjahre waren 1048 arbeitslose Kollegen vorhanden. Vermittelt wurden 210 feste Stellen und 3767 Aushilfen. Die Einnahme betrug inklusive Massenbestandes von 1794,96 M. 8334,46 M. Die Ausgabe 5666,47 M., so daß ein Bestand von 2667,99 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Halbjahre von 508 auf 642. Unter Hinweis auf das am 29. d. M. zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Verbandes stattfindende gemüthliche Beisammensein im Vereinshause wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bemerkung des Genossen Heine gegen meine Ausführungen in der Generalversammlung des ersten Kreises sollen den Anschein erwecken, als hätte ich etwas Unrichtiges gesagt. Ich kann insofern Meinungsdivergenzen mit der Redaktion leider erst heute darauf antworten.

Wenn Genosse Heine einen ganzen Artikel im „März“ hindurch den Gedanken verflücht, Liberalismus und Sozialdemokratie müßten alte, liebgewordene taktische Gewohnheiten aufgeben, so heißt das doch, deren Taktik taugt nichts und muß geändert werden. Setzt er dagegen die Politik der Zentrumspartei und sagt von ihr: „So schlecht sie ist, so geschickt ist sie gemacht“, dann kann logisch in meiner Polemik nur das Lob gemeint sein, das im zweiten Teil dieses Satzes liegt. Ich kritisierte die Ansicht, daß man glaubt, politisch geschulte Massen ebenso als Schauffiguren benutzen zu können, wie es das Zentrum mit seinen Anhängern tut. — Gutmann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

An Fischvergiftung

erkrankte gestern abend das in der Brangelstraße 104 wohnhafte Ehepaar Eisenberger. Die Frau hatte am Nachmittag in einer Markthalle Lachs gekauft, nach dessen Genuß die beiden Leute schwer erkrankten. Mehrere sofort herbeigerufene Aerzte konstatirten Vergiftung durch den Genuß des Fisches.

Die Aretafage.

Adin, 17. August. (B. L. W.) Der „Adnischen Zeitung“ wird aus Konstantinopel telegraphiert: Zwei Admirale und 20 Offiziere sind mit einem Transport Munition, Torpedos und sonstiges Material zur Flotte abgegangen. Die Persönlichkeiten aus den leitenden Kreisen erklären, wird das türkische Geschwader kräftig vorgehen, wenn die Schuttmächte nicht schnell Areta zwingen, den status quo ante wieder herzustellen und die ottomanische Souveränität anzuerkennen. Die Vertreter der Mächte sehen ihre vermittelnde Tätigkeit fort, aber an maßgebender türkischer Stelle erklärt man, man erwarte Handlungen statt der Worte. Infolgedessen herrscht jetzt im diplomatischen Korps die pessimistische Auffassung vor.

Flidarbeiten.

Wien, 17. August. (B. L. W.) In der heutigen Konferenz der Parteiführer des Abgeordnetenhauses sprachen sich sämtliche Redner für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments und die Einberufung des Reichsrates im Herbst aus. Die Vertreter der slavischen Union erklärten, daß sie keinen Beschluß gefaßt hätten, in der nächsten Session des Reichsrates Obstruktion zu treiben. Sie mühten sich aber ihre oppositionelle Taktik für die Zeit nach der Einberufung des Reichsrates vorbehalten. Schließlich wurde einem Antrag Steinwenders zugestimmt, wonach Glombinski ermächtigt wird, mit der Regierung und den Parteien zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Hauses Verhandlungen anzuknüpfen.

Beendigung des Belagerungszustandes.

Barcelona, 17. August. (B. L. W.) Der Belagerungszustand ist heute aufgehoben worden.

Kein Mord.

Breslau, 17. August. (B. L. W.) Die Sektion der Leiche des im Breslauer Stadtgraben aufgefundenen Schuhmanns Ludwig ergab keine äußeren Spuren einer Gewalttat; man nimmt also Selbstmord an.

Unwetter.

Reinick. 17. August. (B. L. W.) Ein heftiger Orkan hat in den Südstaaten gewüet und namentlich in Georgia verschiedene Städte von allem Verkehr abgeschnitten.

Weisse, 7 1/2 Pf. pro Liter mehr. Da aber sich im Laufe der Zeit einbürgern wird, daß zwei kleine Weizen 25 Pf. kosten werden, so erhält er tatsächlich nur 6 1/2 Pf. pro Liter mehr, das heißt 1/2 Pf. mehr, als er selbst bezahlen muß. Dieser äußerst geringe Mehrerwerb ist gegen früher, das ist pro kleine Weize 1/2 Pf. in den Gastwirten wohl in Betracht, daß sie noch andere nicht abwälzbare Steuern übernehmen müssen, nicht übel zu deuten.

Wir wären Ihnen für vorstehende Veröffentlichung in Ihrem wertigen Blatte sehr verbunden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Berliner Weißbierbrauerei Gb. Gebhardt, Aktiengesellschaft.
Ed. Gebhardt.

Wir wollen hierzu nur bemerken, daß die Verächtigung insofern daneben hat, als wir den direkten Aufschlag nicht mit 5 M., sondern mit 8 M. angegeben haben. Daß die Wirte bei dem Aufschlag zu viel schluden, haben wir nirgends behauptet; wir wundern und vielmehr darüber, daß die Wirte den Aufschlag der Brauer akzeptieren, wocaus nicht für die Konsumenten die Pflicht resultiert, dazu ebenfalls „Ja“ und „Amen“ sagen zu müssen.

Wie die Firma übrigens selbst angibt, müssen die Wirte jetzt 6 Mark mehr zahlen, als vor 1908. Das ist eine Verteuerung, die nicht gerechtfertigt werden kann.

Aus der Partei.

Eine sozialdemokratische Mehrheit.

In Dulaach (Baden) hat die Sozialdemokratie vor einigen Tagen einen glänzenden Wahlsieg bei den Gemeinderatswahlen dritter Klasse errufen. Jetzt hat auch in der zweiten Klasse die sozialdemokratische Liste gesiegt. In der ersten Klasse siegte eine Oppositionsliste, die auch von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Das Proletariat hat die Vertreter der dritten und zweiten Wählerklasse und damit die Majorität im Gemeinderat. Das Zentrum, das früher die erste und zweite Klasse besaß, ist aus allen Klassen herausgeworfen und brachte es nur auf insgesamt 90 Stimmen.

Wahlkreis-Konferenzen.

Die Kreis-Konferenz für Potsdam-Osthabelland tagte am Sonntag in Rauen. Aus dem Bericht des Vorstandes, den Genosse Paris-Welten gab, ist hervorzuheben: Der „Märkische Landbote“ wurde in 18 000 Exemplaren im Kreise verteilt, außerdem zwei verschiedene Flugblätter in 50 000 Exemplaren und 2000 Broschüren. Eine vom Genossen Leidner-Falkenhagen bearbeitete Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen wurden in 300 Exemplaren verteilt. Gegenwärtig sind im Kreise 16 sozialdemokratische Gemeindevertreter. In zwei Orten sind und im Geschäftsjahre die Säle abgetrieben worden. Die Zahl der Abonnenten sowohl der „Brandenburger Zeitung“ wie des „Vorwärts“ hat einen Rückgang gehabt, was wesentlich auf die wirtschaftliche Depression zurückzuführen ist. Die vom Provinzialsekretariat herausgegebene, monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Fackel“ wurde ständig gratis in 1000 Exemplaren an die Landbevölkerung und die Schiffer verteilt. 99 Vereinsversammlungen und öffentliche Versammlungen fanden statt. Der Kreisvorstand veranstaltete 5 öffentliche Versammlungen, davon 2 in Köhrow und 2 in Linum unter freiem Himmel, eine Versammlung in Grünefeld in einer Scheune. Ferner fand eine Versammlung in Seefeld unter freiem Himmel statt. Die Vegetationsfeier, die auf Anregung des Kreisvorstandes vom Spandauer Vorstand in Hakenfelde bei Spandau zur Verwirklichung des Genossen Dr. Dieblich arrangiert war, gestaltete sich zu einer würdigen Demonstration. Circa 6000 Personen aus fast allen Orten des Kreises waren erschienen. — Die Wahlvereine des Kreises haben zurzeit 2038 Mitglieder, darunter 119 weibliche.

An den Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte, in der von allen Seiten die Notwendigkeit anerkannt wurde, ein besonderes Augenmerk auf die Jugendorganisation zu richten. Einmütig angenommen wurde folgender Antrag des Genossen Liebknecht:

„Die Kreis-Konferenz fordert die Genossen auf, mit größter Energie und lebhafterem Eifer als bisher für die Jugendorganisation tätig zu sein; auch mehr Mittel dafür flüssig zu machen. Die Kreis-Konferenz hält die Form der freien Jugendorganisation an und für sich für die geeignetste Form der Jugendbewegung. Die Parteigenossen werden daher ersucht, wo möglich, die auf Gründung solcher Organisationen gerichteten Bestrebungen zu fördern, und dazu beizutragen, daß die verschiedenen Formen der Jugendbewegung in enge Fühlung miteinander treten. Die Kreis-Konferenz spricht den Wunsch aus, den Arbeiter-Jugendorganisationen die „Arbeiter-Jugend“ billiger als bisher abzugeben, da sie die für die Jugendziehung gemachten Ausgaben als unvergleichlich nutzbringend für den Emanzipationskampf des Proletariats betrachtet.“

Die Kreis-Konferenz ersucht die Jugendauschüsse des Kreises, mit den übrigen Jugendauschüssen der Provinz Brandenburg wegen baldiger Abhaltung einer Bezirks-Konferenz der Jugendauschüsse der Provinz in Verbindung zu treten. Die Bezirks-Konferenz soll vor allem dazu dienen, die Erfahrungen in bezug auf die Organisationsform und Taktik der Jugendbewegung auszutauschen und die baldige Abhaltung einer deutschen Konferenz der Jugendauschüsse zu den gleichen Zwecken vorzubereiten.“

Ebenso ein zweiter Antrag des Genossen Liebknecht:

„Die Kreis-Konferenz beschließt, für den Wahlkreis Potsdam-Osthabelland wird ein Obmann für die Jugendorganisation bestellt.“

Der Kassenbericht wies eine Einnahme von 6356,00 M., eine Ausgabe von 4720,53 M. auf, so daß ein Kassenbestand von 1635,18 Mark verbleibt. — Ueber den Parteitag und die Provinzial-Konferenz referierte Genosse Liebknecht. Als Delegierter zum Parteitag wurden die Genossen Liebknecht, Schubert, Spandau und Paris-Welten gewählt. Für die Streikenden in Schweden wurden 100 M. bewilligt.

Die Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Westpreignitz tagte am Sonntag in Wittenberge. Anwesend waren 29 Delegierte, außerdem Genosse Fischer von der Agitationskommission und der Kandidat des Kreises, Genosse Voeste-Berlin. Aus dem Vorstandsbericht, den der Vorsitzende, Genosse Gutschmidt, gab, ist hervorzuheben, daß im letzten Jahre der Mitgliederbestand um rund 105 zurückgegangen ist, trotz des Hinzutretens von 24 weiblichen Mitgliedern. Dieser Rückgang trifft zum größten Teil, trotz eifriger Agitation, die Industriestadt Wittenberge. Auch die Gewerkschaftsorganisationen lassen viel zu wünschen übrig. Es sind 1400 Gewerkschaftler am Ort, gegen 288 männliche und 24 weibliche politisch organisierte. In nächster Zeit soll gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband in die Agitation eingetreten werden. In Havelberg ist der Mitgliederbestand von 90 auf 70 zurückgegangen; dort fehlt es an leitenden Personen. Ebenso in Perleberg, wo noch die Schützen der Polizei hinzukommen, die uns im letzten Jahre die Vereinsstufe der organisierten Arbeiterschaft, durch Einschüchterungen des Birtes, abgetrieben hat. Versammlungen sollen in Zukunft unter freiem Himmel abgehalten werden. Wilsnack hat 24 Mitglieder, ein Saal steht den Gewerkschaften, aber nicht der Partei, zur Verfügung. In dem großen Landkreis mit Hunderten von Dörfern und 8 Städten sind nur 2 Säle und 2 Vereinszimmer zu Versammlungen zu haben. Vellagenwert ist die Vereinsmeierei der sogenannten Arbeitervereine in verschiedenen Orten. Die „Fackel“-Empfänger sind im letzten Jahre zweimal in den Dörfern besucht und zur Verbreitung und Mitarbeit aufgemuntert worden. Die „Fackel“ wird monatlich in 700 Exemplaren im Kreise verbreitet. Die „Brandenburger Zeitung“ lesen 328, den „Vorwärts“ die „Hamburger Echo“ 29, den „Wahren Jacob“ und den „Postillon“ 190, die „Gleichheit“ 24 Personen. Die neue Organisation

der Land- und Waldarbeiter hat im Kreis 13 Mitglieder, die besten Aussichten sind vorhanden, daß diese Organisation im Kreise festen Fuß fassen wird. Die Rechtsauskunftsstelle hat sich eines guten Zuspruchs zu erfreuen. — Ueber den Parteitag referierte Genosse Voeste. Angenommen wurde der Antrag der Statutenberathungskommission, den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ zu liefern. Die Hofgänger der Württemberg-Abgeordneten sei ebenso, wie die der Berliner Stadtverordneten in London nicht gutzuheißen. Delegiert wurde zum Parteitag der Kandidat des Kreises, Genosse Voeste. Zur Provinzial-Konferenz wurden die Genossen Simon-Wittenberge, Jabel-Wilsnack und Schönbabelberg gewählt. Ueber die „Politische Lage“ referierte ebenfalls Genosse Voeste. In der ausgedehnten Diskussion gaben die ländlichen Vertreter der unter dem Landvolk herrschenden Erbitterung über die Reichsfinanzreform lebhaften Ausdruck.

Die Kreis-Generalversammlung für Sorau-Forst tagte am Sonntag in Sassen. Sie war von 27 Delegierten besucht. Anwesend waren außerdem der Sekretär Genosse Schmidt-Berlin, von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg Genosse Schlüter-Berlin und als Vertreter der „Märkischen Volksstimme“ der Geschäftsführer, Genosse Vuder. — Mit geringer Mehrheit wurde ein Antrag Müller-Forst abgelehnt, die Kandidatenfrage von der Tagesordnung abzusetzen. Der Vorstandsbericht lag gedruckt vor. Der Etat bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 5338,51 M. Der Vermögensnachweis weist die Summe von 3450,72 M. auf. In den Vorstand wurden die Genossen Kammmer und Kuppela als Vorsitzende, Moritz Sommer als Kassierer, Fette und Hoppe als Beisitzer gewählt. — Eine lebhafte Debatte entspann sich bei der Kandidatenfrage. Genosse Müller-Forst hatte schon in der Geschäftsbildungsdebatte gesagt, daß die Genossen Dr. Rosenfeld und Schumann den Genossen im Kreise noch zu wenig bekannt sind, um sagen zu können, welcher von ihnen der geeignete Mann für den Wahlkreis sei. Die Sache dränge keinesfalls, Vorsicht sei geboten; die Erfahrungen in den letzten Jahren auf diesem Gebiete seien lehrreich genug. Genosse Rüdert-Seifersdorf hatte dem widersprochen; er war der Ansicht, daß die Genossen Rosenfeld und Schumann genügend bekannt sind; daß die Versammlung in Forst, in welcher Schumann gesprochen, wenig besucht war, könne für die Beurteilung der Frage nicht ausschlaggebend sein. In der sachlichen Debatte schlug Genosse Rüdert-Seifersdorf den Genossen Schumann-Berlin vor. Genosse Müller-Forst wiederholte seine Bedenken; außerdem sprach noch eine große Anzahl Redner zu dieser Sache. Schließlich wurde mit großer Mehrheit Genosse Schumann-Berlin als Kandidat aufgestellt. Mehrere Delegierte enthielten sich der Abstimmung. — Ueber den Organisationsstatut-Entwurf referierte Genosse Schmidt-Berlin. Mehrere von ihm vorgeschlagene Abänderungsanträge wurden angenommen. Ueber den Parteitag und die Provinzial-Konferenz referierte Genosse Kammmer. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Schumann gewählt, zur Provinzial-Konferenz die Genossen Vogel-Sorau, Hoppe-Forst und Gilmann-Sassen. — Dem Bericht des Genossen Vuder über den Stand der Presse war zu entnehmen, daß die „Märkische Volksstimme“ sehr unter der Krise gelitten hat. — Zum Schluß wurden den schwedischen Streikenden 100 Mark bewilligt.

Die Kreis-Generalversammlung des Wahlkreises Landsherg-Soldin fand am Sonntag in Landsherg statt. Anwesend waren 19 Delegierte, außerdem der Genosse Pögel und von der Agitationskommission Genosse Jucht. Der Vorsitzende gab in seinem Geschäftsbericht bekannt, daß neun Versammlungen im Kreise stattfanden, mehr konnten wegen Mangel an Lokalen nicht abgehalten werden. Verbreitet wurden 7200 „Fakeln“, 15 000 Kalender, 20 000 Flugblätter gegen das preussische Junkertum. Die Organisation hat 891 männliche und 68 weibliche Mitglieder. An Bildungsveranstaltungen fanden sechs Theateraufführungen, ein Vortrag von Professor Krüger über Sternkunde und 8 Vorträge über die Geschichte des Sozialismus, vom Genossen Grunewald gehalten, statt. Weiter wurde eine Jugendorganisation gegründet, der 50 Mitglieder angehören. Die Auskunftsstelle erledigte 268 Fälle. Der Kassenbericht wies eine Einnahme (einschließlich des Kassenbestandes) von 1629,97 M., eine Ausgabe von 1428,27 M. nach, so daß ein Kassenbestand von 201,70 M. bleibt. Genosse Jucht referierte über den Entwurf des Organisationsstatuts und den Parteitag. In der Diskussion erklärten sich die Genossen im allgemeinen mit dem Organisationsentwurf einverstanden. Die Genossinnen stimmten dem Referenten darin zu, daß sie die „Gleichheit“ nach wie vor bezahlen wollen. Dann wies der Genosse Pögel darauf hin, daß durch den Tod des konservativen Abgeordneten Boening für den Kreis eine Reichstagswahl nötig werde. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Pögel gewählt. Zur Provinzial-Konferenz wurden die Genossen Gierich, Reumann aus Landsberg und Genosse Zimmermann aus Bieg gewählt. Bei der Vorstandswahl wurde Genosse Kaiser zum ersten Vorsitzenden, Zimmer zum zweiten, Kriening zum Kassierer, Paul zum Schriftführer und Reumann zum Beisitzer gewählt.

Die Kreisgeneralversammlung für den Reichstagswahlkreis Ruppin-Templin fand am Sonntag in Lyden (Märkermark) statt. Sie war von 28 Delegierten aus 11 Orten besucht, darunter zum erstenmal eine Genossin aus Jechenitz; außerdem war der Zentralvorstand aus Jechenitz anwesend. Von der Agitationskommission war Percht-Berlin, als Vertreter des Berliner Wahlkreises der Genosse Dams-Berlin erschienen, sowie der Kandidat des Kreises, Genosse Ritter-Berlin. — Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Kreiswahlverein zurzeit eine Mitgliederzahl von 661 hat, die sich auf 16 Einzelvereine des Wahlkreises verteilen. Es ist ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen, der zum Teil mit der wirtschaftlichen Krise, zum anderen damit begründet wird, daß eine strengere Kontrolle die Auswertung sogenannter „Kursenmitglieder“ zur Folge gehabt hat. Trotz dieses Mitgliederrückganges ist eine Verbesserung der Finanzen zu verzeichnen. Die Einnahmen in den einzelnen Wahlvereinen betragen insgesamt 2795,98 M., die Ausgaben 2311,20 M., so daß ein Bestand von 484,78 M. verbleibt. Die Zentralkasse hatte inkl. einer Beihilfe von 600 M. von der Agitationskommission eine Einnahme von 2088,06 M. zu verzeichnen, die Ausgabe betrug 2060,47 M., bleibt ein Bestand von 22,59 M. Unter den Ausgaben befinden sich als an den Parteivorstand abgeführt 176 M., die Ortsvereine erforderten einen Zuschuß von 275 M.

Die Tätigkeit des Zentralvorstandes, dessen Sitz im Vorjahr von Neu-Ruppin nach Jechenitz verlegt wurde, wurde im allgemeinen als zufriedenstellend anerkannt. Recht trübe sieht es hingegen mit der Ausbreitung der Parteipresse, der „Brandenburger Zeitung“, aus. Versammlungslokale stehen der Partei im Kreise nur vier zur Verfügung, und zwar in Jechenitz, Lyden, Lindow und Curischlag. Neu-Ruppin, die größte Stadt des Kreises, hat kein Versammlungslokal. Zur Lokalfrage bemerkt der Bericht des Vorstandes: „Man kann sich der Meinung nicht verschließen, daß die immerhin zahlreicher vorhandenen Gewerkschaftslogen an manchen Orten ein Versammlungslokal erringen könnten, wodurch beide Teile, Partei- und Gewerkschaftsbewegung, bedeutend vorteilhafter operieren könnten.“

Der bisherige Vorstand, bestehend aus den Genossen Polziner (1. Vorsitzender), Kadler (Stellvertreter), Stumm (Schriftführer), Gehlke (Kassierer) und Grünke, Crey und Lüdke (Beisitzer) wurde einstimmig wiedergewählt.

Ueber den bevorstehenden Parteitag und das neue Organisationsstatut referierte Genosse Ritter-Berlin, über die Provinzial-Konferenz Genosse Herz-Berlin.

Zum Parteitag wurde Genosse Ritter-Berlin delegiert, im eventuellen Beförderungsfall Polziner-Jechenitz, zur Brandenburgischen Provinzial-Konferenz Sonnemann und Stumm, Jechenitz und Schröder-Lindow. Außerdem wurden zu dem am Jahresabschluss

stattfindenden Preuentag die Genossen Waldheim-Rheinsberg und Kummer und Polziner-Jechenitz als Delegierte gewählt.

Zum Schluß hielt Genosse Ritter einen Vortrag über die augenblickliche politische Lage. Als Ort der nächstjährigen Generalversammlung wurde Jechenitz bestimmt.

Der Sozialdemokratische Verein Rassel-Weilungen hielt am Sonntag keine ordentliche Generalversammlung ab. Trotz der wirtschaftlichen Krise ist die Zahl der Mitglieder von 2001 im Vorjahre auf 2950 (darunter 25 Frauen) in diesem Jahre gestiegen. Die Kassenverhältnisse des Kreises sind sehr günstige. Mit 76 gegen 18 Stimmen wurde beschlossen, den Beitrag, der jetzt 80 Pf. pro Monat beträgt, ab 1. Juli 1910 auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. — Zum Parteitag in Leipzig, über den Genosse Hauschild referierte, wurde vom Referenten unter lebhaftem Beifall der Delegierten betont, daß in Leipzig alle nebensächlichen Dinge (wie die Hofgänger) zurückzutreten hätten, denn die Hauptaufgabe dieses Parteitages sei es, der Volksbewegung gegen die Ausplünderungspolitik des Schnapsbundes einen neuen Impuls zu geben. Die Haltung der Fraktion zur Erbschaftsteuer aus Anlaß der Finanzreformdebatte wurde in einer Resolution ausdrücklich gebilligt. Die Generalversammlung war der Meinung, daß durch die Haltung der Fraktion das Vertrauen der Volksmassen zu unserer Partei wesentlich gestiftet wurde.

Eine Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Duisburg-Rheinheim-Dorsten tagte am Sonntag in Alfsteden. Sämtliche 18 Orte des Wahlkreises waren durch insgesamt 62 Delegierte vertreten, unter denen sich 11 Frauen befanden. Außerdem nahmen der Abgeordnete des Kreises, Genosse Hengsbach sowie Genosse Haberland als Vertreter des Niederrheinischen Agitationskomitees und der Kreisvorstand sowie die Redaktion nebst Geschäftsleitung der „Niederrh. Arbeiter-Zeitung“ und Genosse Redakteur Limberg als Vertreter des Westener Parteigeschäfts, in dem die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ hergestellt wird, an den Verhandlungen teil. Aus dem Geschäftsbericht, den der Parteisekretär Genosse Schluchtmann erstattete, ist hervorzuheben, daß sich trotz der im Niederrheinischen Agitationsbezirk ganz besonders hervortretenden wirtschaftlichen Krise sowohl die Mitgliederzahl des Wahlvereins als auch die finanziellen Verhältnisse des Wahlkreises gehoben haben. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 9408,58 M. und eine Ausgabe von 7940,50 M. auf, so daß ein Bestand von 1468,08 M. verbleibt gegen 340,77 M. im Vorjahre. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins beträgt 8795, nämlich 8015 männliche und 780 weibliche Mitglieder. Die arg der Wahlkreis unter der geschäftlichen Depression und der damit verbundenen Fluktuation der Mitglieder zu leiden hat, ist daraus zu entnehmen, daß 2314 neuauftretenden Mitgliedern rund 2100 im Laufe des Jahres erfolgte Abmeldungen gegenüberstanden. An Flugblättern sind im Berichtsjahre 4 in einer Auflage von insgesamt 108 000 sowie 25 000 Agitationskalender verbreitet. In einer ganzen Anzahl von Orten hat die Partei unter behördlicher Saalabstreiher zu leiden. Der Kreisvorstand unterbreitete der Konferenz ein neues Kreisstatut, das die straffe Zentralisation vorschreibt. Hieron wollten verschiedene Orte nichts wissen, weil sie für ihre Selbständigkeit fürchteten. Es gab deshalb recht heisse Debatten. Die Wülheimer Delegierten trieben die Opposition gegen die Umänderung der alten Organisationsform so weit, daß sie die Konferenz demonstrativ verließen, als ein von ihnen gestellter Vertagungsantrag nicht zur Annahme gelangte. Hoffentlich werden die Genossen sich bestimmen und sich den Beschlüssen unterwerfen. In diesem Kreise, der auf so exponiertem Posten steht, können sich die Genossen den Luxus von Eigenbrödeleien nicht gestatten. Es wäre das auch töricht angesichts der Tatsache, daß die Zentralisation gegen eine ganz geringfügige Minderheit (8 Stimmen) beschlossen wurde. Erwähnenswert ist ferner noch aus den Verhandlungen, daß die Konferenz fast einstimmig einem vom Genossen Thielhorn begründeten Vorstandsantrage zustimmte, der besagt, daß der Vorstand zwecks Beschaffung von Mitteln zur Gründung einer eigenen Druckerei die Gründung einer Genossenschaft in die Wege zu leiten hat. Eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche auf 50 Pf. pro Monat wurde abgelehnt.

Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Reichstagswahlkreis Solingen fand am letzten Sonntag im Kaiserpaal in Solingen statt. Parteisekretär Vellert erstattete den Geschäftsbericht vom zweiten Halbjahr 1909/10. Die surdidiere Krise, die nun schon seit fast zwei Jahren im dortigen Industriebezirk herrscht, hat auch der Parteibewegung großen Schaden zugefügt. Während der Mitgliederbestand am Schlusse des ersten Halbjahres des Geschäftsjahres 2927 betrug, war am Schlusse des zweiten Halbjahres nur noch ein Mitgliederbestand von 2633 zu verzeichnen. Der Verlust ist hauptsächlich auf das Konto der abgereisten Mitglieder zu setzen, die im dortigen Industriebezirk keine Arbeit mehr finden konnten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt gegenwärtig 329, ist also gegen den letzten Bericht etwas gestiegen. Der Kassenbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 9811,44 M., bei einem Kassenbestand von 3768,68 M. Versammlungen fanden im letzten Halbjahr 98 mit 44 Vorträgen statt. Flugblätter und Broschüren sind im laufenden Geschäftsjahre 20 000 verbreitet worden; außerdem eine Agitationsnummer der „Vergischen Arbeiterstimme“ in einer Auflage von 12 000 Exemplaren, die dem Parteivorstand eine Reihe neuer Abonnenten brachte. Der Bericht konstatiert weiter die Gründung eines Bildungs- und Jugend-Ausschusses. Kritisiert wurde in der Generalversammlung, daß das technische Personal der „Vergischen Arbeiterstimme“ dem Altrücker Parteitag beschloß, wonach der Tagesdienst am 1. Mai an die Parteikasse abgeliefert ist, nur teilweise nachgenommen ist. Von der Annahme einer Resolution, die dieses Verhalten verurteilt, wurde Abstand genommen, jedoch folgender Antrag angenommen:

„Angesichts der Tatsache, daß die Differenzen bezüglich des Rührberger Beschlusses über den 1. Mai zum großen Teil auf eine Unklarheit dieses Beschlusses zurückzuführen sind und den bevorstehenden Parteitag in Leipzig noch beschäftigen werden, der wohl eine endgültige Regelung treffen wird, wird über diese Angelegenheit zur Tagesordnung übergegangen.“

Zum Parteitag in Leipzig soll ein Genosse delegiert werden.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für Schaumburg-Lippe zählte am 30. Juni in 8 Ortsgruppen 286 Mitglieder, gegen 208 am 30. Juni 1908. Die feste Organisation besteht in dem Kreise erst seit einem Jahre. Die Einnahmen betragen im 1. Geschäftsjahre 934,94 M., die Ausgaben 889,78 M. — Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Münster-Coesfeld zählte am 30. Juni in 5 Ortsgruppen 288 Mitglieder. Der Verein hatte im letzten Jahre annähernd 100 Mitglieder zugenommen. Die Einnahmen betragen 1100,80 M., die Ausgaben 681,88 M. — Der sozialdemokratische Verein für Tecklenburg-Steinfurt-Ahaus zählte am 30. Juni in 4 Ortsgruppen 152 Mitglieder und hatte einen Kassenbestand von 76,80 M.

Das Befinden des Genossen Hns

ist noch äußerst bedenklich. Die Kräfte wanken bisher nicht genau, um welche Krankheit es sich in der Hauptsache handelt; sie neigen jetzt der Auffassung zu, daß sich in der Lunge ein Eiterherd gebildet hat.

Soziales.

Aus den Hütten und Walzwerken.

Hütten und Walzwerke sind in Rheinland-Westfalen nur 220 vorhanden, die aber insgesamt 165 386 Arbeiter beschäftigen. Die Geschäftskrise machte im Jahre 1908 laut Bericht der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft gegen

1907 allein 6804 Arbeiter brotlos. Im Bezirk Oberhausen sind allein 1705 Arbeiter weniger beschäftigt. An Arbeitslöhnen wurden im Berichtsjahre über 14 Millionen Mark weniger gezahlt. In den einzelnen Sektoren beträgt der Lohnrückgang sogar bis zu 50 % (Koblenz) pro Kopf und Jahr.

Dafür ist aber auch die Unfallgefahr nicht gering. Es wurden im Berichtsjahre 28 492 Unfälle angemeldet, also auf 1000 Versicherte durchschnittlich 172 Verletzte. Im Bezirk Essen (Krupp) beträgt der Durchschnitt sogar 206.

Die geringsten Unfallziffern hatte der Bezirk Siegen mit 64 Unfällen pro 1000 Versicherte, ein Beweis, daß die Großindustrie die meisten Opfer fordert und daher auch keine Ursache hat, auf etwas höhere Löhne besonders stolz zu sein.

Entschädigt wurden von 28 492 gemeldeten Unfällen jedoch einschließlich 199 Todesfällen nur 2740, da in Rheinland-Westfalen die Kertze große Bedeutung im „Gesundmachen“ haben.

Auch die Schiedsgerichte sind der mächtigen Berufsvereinschaft nicht abhold, denn 1304 Verurteilungen der Verletzten wurden als unbegründet abgewiesen, während nur in 245 Fällen die Genossenschaft zur Zahlung der beantragten Rente verurteilt wurde. Das Reichsversicherungsamt gab den Rest und demnach 406 Rekurse der Verletzten, gab nur in 73 Fällen denselben statt.

In die Kollegen von Krupp usw. können stolz auf ihr Wirken sein. Was sie auf diesem Wege nicht erreichen, holen sie bei der Beratung aller neuen Gesetze nach. Sie haben die Robelle zur Gewerbeordnung „geprüft“, sie haben auch erreicht, daß ihre Berufsvereinschaften kein Jota von ihrer Alleinherrschaft aufzugeben haben. Und wie viel stolz wieder in den Hütten und Walzwerken Rheinland-Westfalens. Die Verletzten haben aber nichts zu sagen.

Beseitigung und Verhütung gesundheitsgefährlicher Einflüsse.

Die Jahresberichte der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten pflegen seit einigen Jahren unter diesem Kapitel insbesondere auch über die Maßnahmen zur Vermeidung gegenüber den Alkoholgefahren zu berichten. In dem Berichtsbuche über 1908 finden sich folgende interessante Mitteilungen: In neuerer Zeit wurde vereinzelt das Verbot des Rauchens und des Genusses von alkoholischen Getränken in den Arbeitsräumen in die Arbeitsordnungen aufgenommen. Der Verbrauch an alkoholischen Getränken ist, wenn nicht gar Entfallsfaktum geblieben, bei vielen, meist älteren Arbeitern im Abnehmen, und man kann bei gewissen und sonstigen Vereinigungen da und dort Leute antreffen, welche anstatt Bier und Wein Limonade oder Mineralwasser trinken. In den Versammlungen der sozialdemokratischen Jugendvereine ist der Trinkzwang aufgehoben, auch wird darauf hingewirkt, daß das Rauchen eingeschränkt werde. Nicht wenige Firmen haben in verdienstlicher Weise Einrichtungen getroffen, um ihren Arbeitern Erlass für alkoholische Getränke zu bieten. Von der Verwaltung des städtischen Gas- und Wasserwerks in Feuerbach wurde im Sommer 1907 die kostenlose Verabreichung von Kaffee an die Arbeiter eingeführt, um den übermäßigen Biergenuss einzuschränken, — mit befriedigendem Erfolge. Eine ganze Anzahl größerer Firmen verabreicht zu billigstem Preise Limonade und Sodawasser, deren Herstellung in eigenen Apparaten im großen geschieht. Welchen Anlaß diese Einrichtung vielfach findet, geht daraus hervor, daß die Firma Ulrich Gmünder, Baumwollspinnerei und Weberei in Reutlingen, 1908 180 578 Flaschen Limonade und 3610 Flaschen Sodawasser an ihre Arbeiter abgegeben hat, das Portlandzementwerk in Rättingen am Ende Mai, dem Zeitpunkt der Einrichtung, bis Mitte Dezember rund 11 000 Flaschen Limonade und 4000 Flaschen Sodawasser. Der Biergenuss hat nach Mitteilung dieser Arbeitgeber teils durch die Erlassung eines Abgangs erfahren, teils ist er bei der guten Obsternie des Jahres in erheblichem Maße durch den Obstmost ersetzt worden. Es wächst nach dem Bericht aus Bezirk II in den Arbeiterkreisen das Verständnis für die schädlichen Folgen des Alkoholmissbrauchs und gleichzeitig das Interesse für zweckmäßige Ernährung.

Organisationszwang durch Unternehmerartelle.

Der Konsumverein in Hensburg beschloß, drei Wohnhäuser, ein Zentrallager und eine Bäckerei zu erbauen. Mit der Anfertigung der Pläne und Bauzeichnungen wurde eine Hensburger Baufirma beauftragt. Diese Firma ist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes, gehört jedoch neben einigen anderen Baugesellschaften einer Einkaufsvereinigung an. Die in Hensburg und an der Hensburger Höhe belegenden Hiesigen haben sich fast alle zu einem Ringe zusammenschlossen und alle diese Mitglieder sind Mitglieder des Arbeitgeberverbandes. Der Vorstand des Verbandes hat die genannte Baufirma wiederholt aufgefordert, ihm als Mitglied beizutreten, doch die Firma tat dies nicht. Sie beteiligte sich ebenfalls an der Submission der Konsumvereinsneubauten und holte sich beim Dinge eine Offerte über Steine ein, die auch bereitwilligst gegeben und die Steinlieferung versprochen wurde. Doch war aufcheinend die Rechnung ohne den Arbeitgeberverband gemacht worden. Nach

einigen Tagen erhielt nämlich die Firma vom Hiesigen die Mitteilung, daß die Offerte für Steine zum Bau des Konsumvereins zurückgezogen werde. Inzwischen war der Bau der Firma übertragen worden. Doch der Druck des allgewaltigen Arbeitgeberverbandes hatte seinen Zweck verfehlt, anstatt des Ringes liefert jetzt eine ringfreie Hiesige die benötigten Steine. — Der Vorgang zeigt aber, mit welchen Mitteln Mitglieder für den Arbeitgeberverband gepreßt werden sollen.

Aus Industrie und Handel.

Höhere Schweinepreise.

Wir geben nachstehend die Durchschnittspreise für Schweine, wie sie die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern für den Monat Juli berechnet hat. Daraus geht hervor, daß die Preise heute höher stehen als 1906. Wir geben die Notierungen für fleischige Schweine. Es folgten im Durchschnitt des Monats Juli 60 Kilogramm an nachstehenden Plätzen in Mark:

	1906	1907	1908	1909
Berlin	65,00	58,95	57,70	67,75
Breslau	55,75	52,80	58,00	62,00
Magdeburg	67,10	59,88	58,75	70,15
Dresden	69,00	59,20	62,35	68,75
Hamburg	67,50	61,10	59,00	70,10
Dortmund	68,50	61,70	61,25	69,65
Frankfurt a. M.	73,80	67,85	64,50	74,00
Ramheim	71,40	64,40	64,50	74,50
Stuttgart	67,00	60,75	61,75	71,60
Köln	69,40	62,70	60,25	70,15

Wenn die Arbeiterklasse trotz dieser Entwicklung, trotz der Verteuerung auf allen Gebieten, noch nicht zur Einsicht kommt, und den bürgerlichen Parteien die Gefolgschaft verweigert, dann werden die Lebensmittelvertreuer ruhig weiter wuchern.

Das neue Getreideland.

Während der Weizenexport der nordamerikanischen Union für die Versorgung des Weltmarktes, insbesondere des europäischen Industriemarktes, augenscheinlich ständig an Bedeutung verliert, da die Union infolge ihrer rapiden Industrieentwicklung und der Erschöpfung ihrer durch Raubbau ausgezogenen Getreideländerungen nicht mehr genug und nicht mehr billig genug Exportgetreide produziert, besteht alle Aussicht darauf, daß Kanada für die nächsten Jahrzehnte den Export vor allem des Weizens, aber auch vieler anderer Agrarprodukte enorm steigern wird.

Wenn auch der diesjährige günstige Ernteausfall Kanadas zum guten Teil auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen ist, so hat doch einen wesentlichen Anteil daran auch die ungeheure Ausdehnung, die der Getreidebau in den letzten Jahren im Innern Kanadas erfahren hat. So betrug die gesamte Weizenerte Kanadas im Jahre 1908 erst 47 Millionen Bushels, 1909 dagegen betrug die Ernte 120 Millionen Bushels.

Die diesjährige Weizenerte der Staaten Manitoba, Saskatchewan und Alberta wurde vom Ackerbaudepartement Ende Juli auf 157 404 000 Bushels gegen 110 624 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres eingeschätzt.

Dies gewaltige Wachstum findet seine Erklärung sehr einfach darin, daß Tausende von Farmern aus der Union, die frischen Boden suchen und ihn in der Union nicht mehr finden, aber die großen Seen nach Kanada auswandern. So sind von 1898—1908 unter 1 170 000 Einwanderern Kanadas 851 000 aus der Union gekommen, und das waren meistens Farmer, während kanadische Arbeiter umgekehrt in günstigen Jahren nach der Union hinüberziehen. Der Inspektor der kanadischen Einwanderungsagenturen in den Vereinigten Staaten, Mr. Hütte, erklärte kürzlich, daß in diesem Jahre etwa 75 000 Amerikaner sich in West-Kanada ansiedeln würden. In Kanada setzt man auf diese Einwanderung von Farmern aus der Union große Hoffnungen. Man tut alles, um ihnen das Land durch Eisenbahnbau zu erschließen, und der Generalgouverneur von Kanada, Carl Grey, behauptete kürzlich in London, binnen kurzem würde Kanada der wertvollste Teil des britischen Reiches sein: An Flächeninhalt komme es der nordamerikanischen Union nahe, und sein Boden sei, je weiter nördlich, desto besser für eine große Anzahl von Agrarprodukten.

Uebrigens ist es bemerkenswert, daß in Kanada eine recht starke Opposition dagegen besteht, sich vor den Wagen der imperialistischen Politik Alt-Englands spannen zu lassen. Von positiven Ergebnissen der britischen Versuche, auf der gegenwärtigen Reichsverteidigungskonferenz der Dominion militärische Lasten aufzulegen, ist denn bisher auch noch nichts bekannt geworden, und der Staatssekretär Murphy in Ottawa hat dieser Tage (angehörig des verammelten Reichsverteidigungsausschusses) runderaus erklärt, für Kanada sei die Frage der Reichsverteidigung ziemlich gleichgültig, es gedrauge dringender Frachtwagen wie Schlachtschiffe.

Die armen — Reichen. Nun müssen sogar die Leute in gehobener Stellung ihre Lebenshaltung einschränken. Die Statistik

weist das aus. Der Konsum von Kustern und Kaviar geht zurück. Im ersten Semester der letzten drei Jahre gestaltete sich die Einfuhr der aufgeführten Lederfische in 1000 Kilogramm wie folgt:

	1907	1908	1909
Kaviar	168 500	167 000	153 200
Kustern	450 900	413 600	416 300
Schnecken u. Fischkaviar	1 500	1 800	1 300
Schwammfische	821 800	849 800	819 600
Hummern	492 100	483 500	514 900

Der Wert der Einfuhr der vier aufgeführten Delikatessen stellt sich zusammen im ersten Halbjahre 1909 auf 6,18, im ersten Halbjahre 1908 auf 6,40 Millionen Mark. Das Minus gegen 1908 beläuft sich noch auf rund 220 000 Mark. Der Konsum aller besseren Lebensmittel ist zurückgegangen. Nur bei Hummern zeigt sich eine Zunahme. Wie der Proletariat zu Kartoffeln und Eichoree Zuzucht nimmt, wenn Arbeitslosigkeit das Einkommen mindert, so muß der besserstehende sich nun mit mehr Hummern durchhelfen. Schrecklich!

Vom Kohlenabbau. Der rechnermäßige Kohlenabbau betrug im Juli 1909 bei 27 Arbeitstagen (27 im Vorjahre) 5 777 011 Tonnen (5 896 449 Tonnen) oder arbeitsmäßig 213 993 Tonnen (218 387). Der auf die Beteiligung anzurechnende Kohlen- und Bricketabbau hat in Köln bei 31 (31) Arbeitstagen 799 555 Tonnen (795 775) oder arbeitsmäßig 25 792 Tonnen (25 670) gleich 85,29 Proz. (85,00 Proz.) der Beteiligung betragen; in Brüssel bei 27 (27) Arbeitstagen 235 127 Tonnen (277 179) oder arbeitsmäßig 9449 (10 266) Tonnen gleich 81,73 (81,05) Prozent der Beteiligung.

Reiche Tabakern. Die diesjährige Ernte Kentucky soll nach dem Bericht des deutschen Konsuls in Cincinnati eine der reichsten sein, die dieser Staat je zu verzeichnen gehabt. Einmal hätten die Anbauflächen eine beträchtliche Vergrößerung erfahren und zweitens sei das Wetter recht vorteilhaft für die Ernte gewesen. Die Folgen einer reichen Tabakernte in Kentucky für den Tabakmarkt lassen sich noch nicht übersehen. In ähnlichen Fällen sind schon recht strapulose Mittel angewendet, um einen Preisrückgang zu verhindern. Am bekanntesten sind die „Rachtreiter von Kentucky“, Bänden, welche während der Nacht mit Fadeln durch das Land jagen, um die Tabakern durch Feuer zu vernichten. Es kommt dabei oft zu blutigen Kämpfen mit den Farmern, die ihr Eigentum vor der Vernichtung zu schützen suchen.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktlinge: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr knapp, in Hähnen reichlich, Geschäft schlecht, Preise beständig. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise teilweise hoch. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise unverändert.

Wetterungsübersicht vom 17. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolke- nichte	Wetter	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolke- nichte	Wetter	Temp. u. d. G.
Stettin	766	SW	4	bed. 55	Dapartanda	755	SW	2	bed. 11	11
Danzig	764	SW	2	Regen 17	Petersburg	755	SW	1	wolkenl. 12	12
Berlin	766	SW	2	heiter 19	Scilly	766	SW	1	wolkenl. 16	16
Frankfurt a. M.	757	SW	4	wollig 21	Aberdeen	756	SW	2	heiter 11	11
Hamburg	769	SW	2	bed. 17	Paris	759	SW	2	bed. 17	17
Wien	760	R	1	heiter 30						

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. August 1909. Gleichmäßig, zeitweise heiter, aber vorherrschend wollig mit Gewitterregen.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 8.	seit 15. 8.	Wasserstand	am 16. 8.	seit 15. 8.
Remel, Lahn	161	-5	Saale, Grobholz	58	0
Regel, Unsterburg	25	-2	Saale, Spanbau	45	+2
Wegfel, Thon	60	-4	Rathenow	36	+2
Dber, Harbitz	92	-4	Spre, Spremberg	70	0
Kroffen	99	-5	Beeskow	78	-1
Frankfurt	107	-5	Elber, Rindan	-107	-14
Waltze, Scharm	50	-4	Rhein, Rindan	-27	-1
Landsberg	3	-1	Rhein, Wargenlandan	462	-4
Rebe, Bormann	33	-1	Staub	321	-5
Elbe, Leimertz	30	-15	Sölln	210	-3
Dresden	131	-9	Redar, Heildronn	88	+8
Bardö	89	-3	Rhein, Wertheim	96	-1
Magdeburg	93	0	Rosel, Trier	19	-9

+) + bedeutet Zufluß. — Fall. — *) Unterpegel.

Allen Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 15. August, unser lieber Vater, Sohn, Bruder und Bräutigam, der Bäckermeister

Heinrich Hilmer

nach schweren Leiden im Alter von 39 Jahren entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nirsdorf, den 17. August 1909.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nirsdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 9833

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 15. August, starb unsere Großmutter und Mutter

Jda Dorothea Juliane Quade

verwitwete Winkler

im Alter von 72 Jahren an Herzschwäche, nachdem der Tod am 14. Juli ihre Tochter, unsere Schwester, Schwägerin und Tante Klara hinwegraffte.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Marie, Elise und Gustav Winkler.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

An der Nacht zum Sonntag verstarb unser Mitglied, der Bäckermeister

Heinrich Hillmer

(13. Bezirk).

Sein Andenken in Ehren!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nirsdorfer Kirchhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt. 235/18

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Patzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Ehrenmitglied

Fritz Grätz

am 16. August im Alter von 73 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Pelikan-Kirchhofes in Wilmersdorf, ohne Prediger, statt. Das Singen ist nicht gestattet.

Um rege Beteiligung ersucht

194/15 Der Vorstand.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Zigarettensarbeiterin

Katharina Gerstmann

am Sonntag, den 15. d. M., nach langen schweren Leiden verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nikolai-Kirchhofes, Nirsdorf, am Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

187/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Otto Mückenheim

am 14. August gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

88/10 Die Ortsverwaltung.

Für die so überaus liebevolle Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meines unvergessenen, dahingeshiedenen Mannes, meines lieben Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Restaurateurs Herrn

Fritz Mücke

sage im Namen familiärer Hinterbliebenen dem Sozialdemokratischen Wahlverein und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, besonders dem Sängerverein „Freier Männerchor“ und dem Sängerverein „Gesangsverein“, Berlin, ebenso dem Wahlvereinein Kommando meinen herzlichsten Dank. 6865

Nowawes, den 17. August 1909.

Die trauernde Witwe

Clara Mücke.

Pa. Schlaek- u. Salamiwurst

a Pfund 1.10 Mk.

Täglich frische Wiener (3 Paar 50 Pf.)
Fraustädter Würstchen (3 Paar 25 Pf.).

Sämtliche Gänse-Artikel,
anerkannt beste Ware. [92]6

Hermann Leissner,
Berlin C., Klosterstr. 93-95.

Berliner Spar- und Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Sonntag, den 29. August 1909, vormittags 9 Uhr, in den Sophien-Sälen, C. Sophienstraße 17/18.

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
Wänderung des § 5 Ziffer 3 im Statut. 6865

Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

Billigste Bezugsquelle geodig. Trauergarderobe

Westmanns

Trauer-Magazin

Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.

Genauere Besichtigung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O.

Joachimstraße 11 C.

Reparatur, auf Wunsch zugleich mit vorz. Tonverbesserung.

Spezialität:
Erzeugung des altitalienischen Timbre für große Säte an allen u. neuen Geigen. *

Häufige Honorar. *

Neu erschienen:

Asew, Harting & Co.

Sinter den Kämpfen der russischen Geheimpolitik und Revolution.

Von Jean Louquet und Georges Silber. Mit einer Einleitung von W. Vargis und einem Vorwort von Jean Jaurès.

Preis brosch. 3 M., geb. 4 M.

ferner bringen wir in empfehlender Erinnerung die Broschüre von

Leo Deutsch

Der Lockspitzel Asew

und die

Terroristische Taktik.

Deutsch von E. Grundbach.

Preis 40 Pf.

Der Pope Gapon

und seine Rolle in der russischen Revolution.

Erinnerungen und Andenke von Leo Deutsch, überliefert von E. Grundbach.

Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 25 Pf.

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 68
Friedrichstr. 69, Laden.



A. WERTHEIM G.M. B.H.

LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALERSTRASSE • ORANIENSTRASSE

Zur Vermeidung von Verwechslungen:

Unsere Firma unterhält in Berlin nur diese drei Geschäfte.

In dieser Woche besonders billiges Angebot in

PORZELLAN UND GLASWAREN

Weiss

Speiseteller tief u. flach	13 Pt.
Dessertteller	10 Pt.
Kompotteller	7 Pt.
Terrinen	1.25
Kartoffelnäpfe	63 Pt.
Bratenplatten oval	15 b. 50 Pt.
Salatieren	6 b. 50 Pt.
Saucieren	40 Pt.
Kaffeekannen	40 Pt.
Teekannen	35 Pt.
Tassen	9 Pt.
Zuckerboxen	12 Pt.
Milchtöpfe	12 Pt.

Ein Posten

Tafel-Service

für 6 Pers., 30 teilig	10.50, 12.75, 13.50
für 12 Pers., 60 teilig	22.50, 24.50, 26.00

Ein Posten

Kaffee-Service 1.90

9 teilig, fein dekoriert

Ein Posten dekoriertes

Satz-Töpfe 75 Pt., 1.25

Ein Posten feiner dünner

Tassen m. Goldhenkel 20 Pt.

Blumenvasen 20, 38 Pt.

Steinschliff-Imitation, eckig

Tablets Steinschliff-Imitation 38 Pt.

Salatschalen

geschliffen, von ca. 12-24 cm Durchmesser 22 bis 60 Pt.

Teller geschliffen 15, 17 Pt.

Zitronenpressen

2 teilig, mit Untersatz, Steinschliff-Imitation 13 Pt.

Weissbierpokale 15, 25 Pt.

Wassergläser 4 Pt.

Römer 28, 35, 45 Pt.

Carlbecher mit dickem Boden, 2/10 Liter 10 Pt.

Ein Posten

Trinkgläser graviert

Rotweingläser 23 Pt.

Weissweingläser 23 Pt.

Madeiragläser 22 Pt.

Bowlengläser 26 Pt.

Sektkelche 26 Pt.

Sektschalen 32 Pt.

Likörgläser 20 Pt.

Biertulpen 32 Pt.

Teebecher 18 Pt.

Selterbecher 18 Pt.

Ein Posten Steingut-Wasch-Garnituren einfarbig, grosse Form 3.50, moderne, grosse Form, dekoriert 6 Mk.

In der Lebensmittel-Abteilung:

Junge Gänse	Pfund 60 u. 65 Pt.	Grosse blaue Pflaumen	Pfund 8 Pt.	Blumenkohl	Kopf 6 u. 14 Pt.
Rehblätter	1.45, Keulen 5 Mk. 5.50	Pfirsiche	Pfund 15 u. 20 Pt.	Schlangengurken	5 Stück 20 Pt.

Rebhühner zu billigsten Tagespreisen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Wittwoch, den 18. August 1909, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht, Bericht der Ortsverwaltung. 2. Ersatzwahl der Ortsverwaltung und der Angestellten. 3. Anträge.
 Mitglieder, die nicht Delegierte sind, können auf der Galerie, soweit Platz vorhanden ist, als Gäste an der Versammlung teilnehmen.
 Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!

Am Freitag, den 20. August, abends 6 Uhr, Kommandantenstr. 58/59 (Arminhallen):

Bandepuantierten-Sitzung.

Alle im Wohngebiet Berlin beschäftigten Putzer sind verpflichtet, von jedem Bau einen Deputierten für die Innenputzer und einen für die Aussenputzer zu entsenden.
 Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

J. A.: E. Schulze.

Rauchen Sie

Phänomen

Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerhaft, Totaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II, (Stadt Börse).

Gänse, Enten,

gar. lebend inf., 7 Monat alt, vollkommen ausgewachsen, vollfedrig, fleischig, schlachtfr. 10 St. ca. 8 1/2 lb. schwere Gänse 30 Mark; 15 schwere Enten 27 Mark. 256/4
 Streisand, Ozloditz, Schlesien 45.

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

brauchen Vergleiche mit anderen und vielfach teureren Marken nicht zu scheuen. Die sorgfältigste Nachprüfung ihrer Eigenschaften kann auch dem schärfsten Kritiker nur Veranlassung geben, dem allgemeinen guten Urteil über ihren erstklassigen Character zuzustimmen. Der Kenner weiss, dass er bessere Qualitäten in keiner anderen Marke findet und jeder Raucher, der sie noch nicht geprüft, wird sich schon bei dem ersten Versuch davon überzeugen, dass er etwas Besseres für sein Geld in keinem anderen Fabrikat erhalten kann.

Josetti-Junio m. u. o. Mundstüek
 10 Stk. 20 Pt.

Josetti Cigarettes. Josetti Cigarettes

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Umständlicher findet der nächste Diskussionsabend des Wahlvereins nicht am Mittwoch, den 18. d. Mts., sondern am Montag, den 23. d. Mts., statt.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Die Parteigenossen und Genossinnen werden hierdurch auf die heute abend 8 Uhr im Bedhornischen Lokale stattfindende außerordentliche Generalversammlung hingewiesen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Groger-Rixdorf. 2. Ergänzungswahlen des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Bessere Zeiten?

Der Mitgliederbestand der Krankenkassen ist in Berlin seit einigen Monaten endlich wieder etwas weniger ungünstig, als er im Vorjahre um dieselbe Zeit gewesen war. Die Orts-, Fabriks- und Innungs-Krankenkassen hatten Anfang Juli vorigen Jahres 717 148 Mitglieder gehabt, Anfang Juli dieses Jahres hatten sie 737 216 Mitglieder, es ist also ein Plus von 10 068 zu verzeichnen. Viel ist das freilich nicht, gegenüber dem Mitgliederbestand des Vorjahres macht es nur 1,4 Proz. aus, so daß die Besserung des Arbeitsmarktes, die aus der Zunahme des Mitgliederbestandes gefolgert werden könnte, noch kaum ins Gewicht fällt.

Dieser „Aufschwung“ verkriecht noch mehr an Bedeutung, wenn man sieht, daß an dem Plus von 10 068 das Heer der zur Versicherung verpflichteten Mitglieder mit nur 6049, aber die kleine Gruppe der freiwillig versicherten Mitglieder mit 4019 beteiligt ist. Verpflichtete wurden gezählt im vorjährigen Juli 672 140, im diesjährigen 678 189, das sind um nur 0,9 Proz. mehr. Freiwillig aber waren versichert im vorjährigen Juli 45 008, im diesjährigen 49 027, um 8,9 Proz. mehr. In Zeiten der Arbeitslosigkeit pflegt die Zahl der sich freiwillig weiter verpflichtenden Personen erheblich zuzunehmen, und diese Wirkung des Beschäftigungsmangels ist denn auch in Berlin in den letzten Jahren ganz besonders deutlich hervorgetreten.

Befriedigt ist auch die Sonderung der Mitglieder nach dem Geschlecht. Von Juli zu Juli mehrten sich (wenn von den dazwischen liegenden Schwankungen abgesehen wird) die weiblichen Mitglieder

von 264 552 auf 283 339, um 18 787 = 7,1 Proz.,

im besonderen die weiblichen Verpflichteten

von 235 704 auf 250 903, um 15 199 = 6,4 Proz.,

aber die weiblichen Freiwilligen

von 28 848 auf 32 436, um 3588 = 12,4 Proz.

Bei den männlichen Mitgliedern ist keine Mehrung der Gesamtzahl zu verzeichnen, sondern immer noch eine Minderung. Die Gesamtzahl minderte sich hier

von 452 596 auf 443 877, um 8719 = 1,9 Proz.

Im einzelnen ergibt sich hier für die Verpflichteten eine Minderung

von 436 436 auf 427 236, um 9150 = 2,1 Proz.,

und nur für die Freiwilligen eine Mehrung

von 16 160 auf 16 641, um 481 = 2,7 Proz.

Auch das ist eine oft beobachtete Begleiterscheinung langdauernder wirtschaftlicher Depression, daß die Frau mehr als bisher an der erwerbenden Tätigkeit teilzunehmen sucht und — auf dem Arbeitsmarkt dann als billigere Ware noch mehr als bisher den Mann ersetzt.

Berücksichtigt man auch die näheren Vororte Berlins, die ja mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit bilden, so wird das Ergebnis kaum besser. Vom Juli zum Juli mehrten sich in Berlin samt den elf nächsten Vororten die Gesamtzahl der Kassenmitglieder

von 845 082 auf 866 844, um 21 262 = 2,5 Proz.,

im besonderen die Zahl der Verpflichteten

von 791 205 auf 807 657, um 16 392 = 2,1 Proz.,

und die Zahl der Freiwilligen

von 53 877 auf 59 187, um 4870 = 9,0 Proz.

Die Sonderung nach dem Geschlecht zeigt, daß auch in Groß-Berlin die männlichen Verpflichteten immer noch kein Plus aufweisen. Von Juli zu Juli mehrten sich die weiblichen Mitglieder

von 304 845 auf 327 931, um 23 086 = 7,6 Proz.,

und zwar die Verpflichteten

von 269 733 auf 288 466, um 18 683 = 6,9 Proz.,

dagegen die Freiwilligen

von 35 062 auf 39 465, um 4403 = 12,6 Proz.,

andererseits minderten bzw. mehrten sich die männlichen Mitglieder

von 540 237 auf 538 418, um 1824 = 0,3 Proz. weniger,

und zwar die Verpflichteten

von 521 482 auf 519 101, um 2291 = 0,4 Proz. weniger,

die Freiwilligen dagegen

von 18 755 auf 19 222, um 467 = 2,5 Proz. mehr.

Verechtigten solche Zahlen dazu, schon von besseren Zeiten zu reden?

Unsere Glöckchen zum Zeppeleinbesuch

haben und eine ausführliche Entgegnung des magistratsamtlichen Berichterstatters eingebracht. Dieser Herr macht die weitausföhligen Ausführungen, um die Vortrefflichkeit des neuen Arrangements darzutun. Da das Lustschiff nunmehr in Zegel landen solle, sei es nicht nur dem Berliner Publikum möglich, bequem und ohne jede Gefahr das Lustschiff zu beobachten, sondern auch den Bewohnern Charlottenburgs, Reinickendorfs usw., da ja Zeppelein vor seiner Landung eine große Rundfahrt unternommen werde. Außerdem solle das Lustschiff 8 bis 10 Tage in Berlin bleiben, so daß es auf dem Tegeler Schießplatz mit der größten Bequemlichkeit in Augenschein genommen werden könne.

Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb der Rundflug über Berlin und Vororte nicht hätte ausgeführt werden können, auch wenn Zeppelein am Tempelhofer Feld gelandet wäre. Ebensovienig verstehen wir, warum nicht auch am Tempelhofer See 8 oder 10 Tage lang eine mindestens ebenso umfangreiche und bequeme Besichtigung möglich gewesen wäre, wie auf dem Tegeler Schießplatz. Auch das stärkste Argument, das der Magistratsamtliche vorzubringen hat, daß nämlich im Falle einer Havarie das Lustschiff in Zegel besser und schneller als irgendwo anders repariert werden könne, halten wir nicht für durchschlagend. Eine Lustschiffhalle, die einen Ballon von den Dimensionen des Zeppelein-Schiffes aufnehmen vermöchte, gibt es auch in Zegel nicht; zu veranzern aber war das Lustschiff auf dem Tempelhofer See bei einigen leicht zu treffenden Vorkehrungen ebenso gut wie in Zegel. Auch eine etwaige Nachführung oder Reparatur wäre dort ebenso leicht möglich gewesen. All das sind eben nur Scheingründe, um die von den Offizieren selbst eingestandene Furcht vor

dem vermeintlichen sinnlosen Ungeßüm der Berliner Bevölkerung zu beseitigen. Nachdem man gestern mit läppischer Naivität die für das Berliner Publikum beleidigenden wahren Gründe ausgeplaudert hatte, sucht man sich heute hinter allerhand weitere Motive zu verschanzeln, die freilich nicht minder fadenscheinig sind.

Zahlreiche Überschwemmungen

von Kellern, Öfen, Straßen usw. sowie eine Menge Wasserrohrbrüche und Schäden in den Anlagen wurden gestern nach und während des Wollenbruchs, der um 1 Uhr nachmittags Berlin überflutete, gemeldet. Besonders heimgesucht wurde der Osten und Nordosten. Die Feuerwehr wurde etwa ein Dutzendmal innerhalb weniger Minuten alarmiert. Unter anderem nach der Jerusalem Straße 19/20, Prenzlauer Straße 10 und 19, Christenburger Straße 30, Marusstraße 13, Greifswalder Straße 209 und anderen Stellen. Nach einer Stunde war jede Gefahr beseitigt, nur die Arbeiter der städtischen Wasserwerke, der Kanalisation und eine Menge Klempner hatten mit Rohrreparaturen längere Zeit zu tun.

Die Besprechungen über den Bau der Untergrundbahn Charlottenburg-Schöneberg zwischen den Beauftragten beider Städte sind, wie mitgeteilt wird, beendet. Sie haben zu einem vollständigen Beschluß geführt. Der Magistrat Schöneberg ist bereits in seiner letzten Sitzung dem vereinbarten Wortlaut des Vertrages beigetreten. Die Entscheidung Charlottenburgs erfolgt in der nächsten Magistratsitzung am Donnerstag. Es steht demnach nur noch die Zustimmung der beiden Stadtverordnetenversammlungen aus.

Fallende Blätter . . .

Noch ist der Herbst nicht gekommen, und doch geht schon das Sterben durch's Land. Eine kurze Sonnenwoche; das war unser heuriger Sommer. Meinte es vordem der Regen gut mit uns, so greift in den letzten Tagen der Sturm mit wilder Hand ins Geßt der Bäume, und schüttelt und bog sie unter brausendem Hohnlachen. Und schon fallen die Blätter. Gelb und braun überrieseln sie die Baumgepflanzten Straßen und Plätze. Ueber den grauen Asphalt der Großstadtstraßen raschelt das Wellen. Der große Pfiff des Sturmwinds vermag es nicht zu überbönen. Und das Auge schaut den tanzenenden und wirbelnden Blättern nach und bleibt wie gebannt an ihnen hängen.

Auch draußen in den Hausgärten der Vorstadt ist es nicht ausgeblieben: der stumpfschraube Moß des Wellens hat die Kronen der Linden bunt überputzt; in das dunkle Blattgekräus aller Kastanien, die schon dick und dicht mit lichtgrünen Stachelrüchsen behangen sind, hat er sich hineingefressen. Die Blätter der Fische und Sträucher sind voll breiter, bröckelnder Karben, ihre Ränder schimmern braunsaun und alle Farbenfroheit ist von ihnen genommen. Nur der Ahorn scheint zu einem neuen Leben zu erwachen: in einem leuchtenden Goldgelb beginnen seine langgestielten Blätter aufzusammen; diese leichte Tönung ist von einer wunderbar schmiegsamen Weichheit, der alles Herbe fehlt; und doch hat auch hier der nahende Herbst bereits seines Amtes gewaltet.

Und früher und immer früher beginnt das sinkende Dunkel die fröstelnden Abende zu umhüllen. Der Lichterglanz der Gartenlokale erlischt mehr und mehr. Der kalte Sturm peitscht die letzte, zögernde Freude aus der freien Natur. Mit rauhem Gausch schnaubt er über Wälder und Flüge. Sein roher Fuß zertritt und zertrübt das letzte schlächtere Spätsommerleben, und seine unbarmherzigen Finger zerren und zausen an Busch und Baum. Noch ist der Herbst nicht gekommen und doch scheint schon der Sommer zur Rüste zu gehen. Silbendes Laub zittert im Winde. Welche Blätter rascheln am Wege. Der Sturm fährt sie auf: er läßt sie wirbeln und tanzen. Und jeder Windstoß trägt neues Wellen zum alten: die Blätter fallen. . . .

Betriebsstörungen bei der Straßenbahn.

Durch den niedergegangenen Regen wurde eine ausgedehnte Störung des Straßenbahnverkehrs verursacht. In der Poststraße Ecke Bülowstraße mußte der Straßenbahnbetrieb von 1,12 bis 2,30 Uhr nachmittags eingestellt werden. Während der Dauer der Störung wurden die Wagen der Linien 3, 4, 75, 82 und 90 in beiden Richtungen durch die Marstein-, Bahn-, Kolonnen-, Monumenten- und Rahbadstraße abgelenkt. Auch in der Berliner Straße in Charlottenburg wurde infolge des Rohrbruchs eine anderthalbstündige Betriebsstörung herbeigeführt. In der Zeit von 1,30 bis 2,55 Uhr nachmittags war der Straßenbahnverkehr in der genannten Straße zwischen Kirchhof- und Köpenickerstraße unterbrochen. Während der Dauer der Störung mußten die jene Stelle passierenden Wagen der Linien N, P, R und 64 in beiden Richtungen durch die Bismarck-, Wilmersdorfer, die Linien Q und V durch die Wilmersdorfer und Leibnizstraße geleitet werden.

Paß Berlin ohne Trinkwasser.

In Charlottenburg war infolge des Wollenbruchs das Hauptrohr der Berliner Wasserwerke um 1 Uhr in der Berliner Straße geplatzt und die angrenzenden Straßen unter Wasser gesetzt worden. Die Wasserwerke sperrten sofort die Leitung mittelst großer Schieber ab. Dadurch waren der ganze Westen und Südwesten und angrenzende Teile ohne Wasser. Die Katastrophe, die gerade während des Mittag eintrat, war unbeschreiblich. Wasserwerke und Feuerwehr wurden bestrahlt.

Die amtliche Meldung hierüber besagt: Das Hauptwasserleitungsrohr Westend-Berlin ist heute mittag um 1 Uhr in Charlottenburg, vor dem Hause Berliner Straße 58, gebrochen. Die angrenzenden Straßen sind überschwemmt. Die gesamte Feuerwehr von Charlottenburg ist damit beschäftigt, das Wasser aus den Kellern der betroffenen Stadtteile herauszupumpen. Die höher gelegenen Stadtteile Berlins sind ohne Wasser, die tieferen wurden aus den Zwischentankreservoirs gespeist. Die Wiederherstellungsarbeiten an der Bruchstelle des Hauptrohres werden im Laufe des Nachmittags beendet werden können.

Gegen die Schaffung eines „Berlin an der Havel“ durch Eingemeindung der Jungfernheide und des Geländes am Spandauer Schiffschleusenkanal, des Tegeler Sees und seiner Ufer in Berlin hat sich die Regierung in Potsdam erklärt. Gegen die vorerwähnten Eingemeindungspläne haben sowohl die Vortortogemeinde Zegel, als der Kreis Niederbarnim, zu dem die forstökologischen Gelände und die Schließlande in der Jungfernheide gehören, Einspruch erhoben. Der Kreisaußschuß hat dem Einwand Berlins, daß der Kreis zur Zeit aus dem in Frage kommenden Gebiete keine Einnahmen habe, als nebenächlich zurückgewiesen, zumal die bebauten Ufer des Tegeler Sees, wie des Schießplatzgeländes nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit ist noch nicht erfolgt — der Wechsel im Oberpräsidium hat sie von neuem verzögert; allem Anschein nach dürfte dieselbe zuungunsten Berlins ausfallen.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in der Pappelallee 28. Dort spielte die 13jährige Schülerin Emma Schmidt mit anderen Kindern auf dem Dach eines mehrere Meter hohen Stalles, fiel herunter und auf ein Eisengitter. Die Spitzen drangen dem Mädchen in den Unterleib, und im Lazarus-Krankenhaus erlag es den furchtbaren Verletzungen.

Eigenartige Jahrmarkt-Reflexe. Im August feiern die Vororte Berlins ihre Erntefeste. Da gibt es den üblichen Kummel: Würfelbuden, Schaukeln, Karussells und mehrere Tugenden anderer Sebenswürdigkeiten. Abgesehen von etlichen Fortschritten, die die Entwicklung der Technik auf diesen Gebieten mit sich bringt, weist kein Jahr wesentliche Abweichungen vom Vorjahre auf. Gener aber gibt es doch eine wirkliche Novität: die unerschämteste Großstadt-Reflexe hat auf dem Nummelplatz ihren Einzug gehalten. Besonders vor dem Athletenbuden blüht ihr Weizen. Da ist der „stärkste Mann der Welt“, der mit den Rücken Meilen-gewichte hebt. Aber es sind nicht seine natürlichen Jähne, wie er ausführt. Ein natürliches Geßiß kann derartige Kraftleistungen unmöglich ausbilden. Die Jähne sind künstlich. Und zwar fertigt derartige „phänomenal-kraftigen“ Jähne die bekannte Berliner Firma R. R. für Jähnerjah an: das Stück zu 75 Pf. Wer's nicht glaubt, sollte nur einmal im Bedarfsfalle einen Versuch mit besagter Firma machen. Und dann quickt ein Geißelknoten eine Melodie herunter, währenddessen der Reflektantel Atem schöpft, um von neuem das Lob unerreichter Leistungsfähigkeit seiner Jähnerjahfirma dem sich nicht schauenden Publikum in den höchsten Ausuferungen vorzuzählen zu können. Selbstverständlich ist es ein dick ausgelegter Schwindel, wenn man behaupten will, mit einem künstlichen Geßiß große Lasten heben zu wollen; selbst die besten künstlichen Jähne sitzen niemals so fest und sind niemals so kräftig, wie die schlechtesten natürlichen.

Ein neuer Tobsuchtsanfall ist bei dem Kaufmann Julius Rötting ausgebrochen, der, wie berichtet, am Sonntagabend seine Ehefrau auf dem Bahnhof Friedrichstraße vor eine Lokomotive auf die Schienen stieß. Rötting sollte, da er sich ruhig benahm, dem Staatsanwalt zur weiteren Verfügung zugewandt werden. Im Polizeigewahrsam fing er plötzlich zu toben an; er wurde nach der Jern-anstalt Dalldorf geschafft.

In einem Saugpflöpfen erkrankt ist der vier Monate alte Knabe Herbert Klapp aus der Ackerstraße 88. Die Mutter hatte dem Kind abends beim Schlafengehen einen Saugpflöpfen in den Mund gesteckt, um dadurch eine längere Ruhezeit zu erzielen. Der Pflöpfen glitt dem Kinde in den Mund hinein und führte den Erstickenstod herbei.

Eine Tragödie hat sich im Rangsdorfer Forst abgespielt. Dort wurde der am Tegeler Weg 103 in Charlottenburg wohnende Gastwirt Carl Veries vom Förster beim Wildern ertappt und in der Rotwehre erschossen, während die Begleiter des V. durch die Flucht entkamen. Ueber den Vorfall wird folgendes berichtet: Am Sonntagabend begab sich Veries mit zwei Freunden nach dem Rangsdorfer Forst, wo sie wilderten. Die Jäger hatten gerade ein Reh geschossen und waren beim Zerlegen des Wildes, als plötzlich, wahrscheinlich durch den Schuß angelockt, wenige Schritte von ihnen entfernt der Förster stand. Veries soll nun auf den Förster angelegt haben, dieser kam ihm aber zuvor, riß die Flinte, die er in der Hand trug, an die Wange und drückte los. Der Schuß traf Veries und tötete ihn auf der Stelle. Die Leiche des Erschossenen wurde von dem Amtsvorsteher in Rangsdorf beschlagnahmt.

Kommerz im Krankenhaus.

Ueber einen sonderbaren Vorgang im St. Hedwigs-Krankenhaus wird uns von mehreren Beobachtern der Sophienstraße folgendes berichtet: Wir gingen am vorigen Freitag abend gegen 12 Uhr nach Hause und passierten die Große Hamburgerstraße, wo sich bekanntlich das St. Hedwigs-Krankenhaus befindet. Schon 6 bis 8 Häuser vorher hörten wir von einem Chor Kommerzlieder singen. Wir gingen weiter, um das Festlokal ausfindig zu machen. Zu unserem nicht geringen Erstaunen vernahmen wir, daß sich das betreffende Lokal im benannten Krankenhaus befand. Sechs Fenster der ersten Etage waren hell erleuchtet und teilweise geöffnet. Jetzt hörten wir noch besser den „Gesang“, welcher mit lauten Bierreden und Weigenklängen abwechselte. Es sammelten sich bereits auf der Straße Passanten an, welche ungewisheit ihrer Meinung über das Gebaren der Kommerzteilnehmer Luft machten. Niemand konnte verstehen, wie in einem Krankenhaus Bierabende nach studentischem Brauch abgehalten werden können, wo doch jeden Augenblick jemand von den Kranken sterben kann, als der Lärm zu groß wurde, wandte sich einer der Passanten an den Portier, der nach längerem vergeblichem Räten sich endlich blicken ließ. Als Bewohner der Straße verbot er sich den Lärm und frug gleichzeitig an, seit wann in Krankenhäusern Bierabende und Kommerze abgehalten werden, und ob dazu nicht andere Lokale zu haben seien? Nach einer Weile verstumte endlich der Lärm — es war inzwischen 1/2 2 Uhr geworden. Bemerkten wollen wir, daß zwei Schutzleute, welche von uns interpelliert wurden, nur ein Rächeln für die Beschwerdeführer übrig hatten und mit langsamen Schritten ihre Patrouille fortsetzten.

Wir wissen nicht, ob das, was uns in obigem Schreiben berichtet wird, mit Wissen der Verwaltung des Krankenhauses geschehen ist. Es wäre daher notwendig, daß sich dieselbe zu der Sache äußert.

Das Geschäft der Wahrfagerinnen blüht in Berlin, trotz aller Warnungen vor solchem Schwindel. Im Westen der Stadt haben die „weißen Frauen“, die aus den Karben, aus dem Raffeschab oder einem frisch geschlagenen Ei oder sonstwie die Zukunft enthüllen, sich neuerdings die Parkhallen als günstiges Operationsfeld ausersehen. Zerteilteiler drücken jedem Dienstmädchen, das einkaufen kommt, heimlich und mit wichtiger Miene eine kleine Karte oder ein Zettelchen in die Hand. Eine Wahrfagerin, eine Karrierelagerin preist darauf den Mädchen ihre Künste an, die in Wirklichkeit darin bestehen, die Dummheit einzufangen und ihnen ihr Geld für offensibaren Schwindel abzunehmen. Man sollte meinen, daß sich in Berlin kaum Leute finden, die darauf reinfallen, aber die Dummheit werden bekanntlich nicht alle. Eine Warnung ist daher immer wieder angebracht. Die Wahrfagerinnen rechnen übrigens nicht nur auf die Dienstmädchen, sondern nicht zum wenigsten auch auf die „Gnädigen“, bei denen oft der Aberglaube stärker wirkt als man annehmen geneigt ist. Manche Wahrfagerin ist so elegant eingerichtet, daß die halben oder ganzen Markstücke, die ihnen die Dienstmädchen hintragen, nicht dazu ausreichen würden, die Kosten zu bezahlen. Da muß sie schon feinere Kundenschaft haben. Da es sich bei dieser Reflexe vor den Parkhallen um einen offensibaren Betrug handelt, der nur da Erfolg hat, wo es an Aufklärung mangelt, könnte die Polizei etwas mehr tätig sein.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Montag nachmittag am Grünen Weg. Dort versuchte gegen 1/2 3 Uhr der in dem Hause Nr. 63 der genannten Straße wohnhafte Handlungsgeselle Gustav Heinrich vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 78 den Radedamm zu überfahren, wurde jedoch umgestoßen und erlitt außer einer stark blutenden Kopfwunde eine Gehirnerschütterung. Der Schwerverletzte wurde zunächst nach der

Dastpflicht infolge fahrlässiger Auskunft seitens des Rechtsanwalts.

Der Kaufmann S. in Hüllersdorf... Der Kaufmann S. in Hüllersdorf... Der Kaufmann S. in Hüllersdorf...

Das Landgericht Erfurt trat dem Rechtsanwalt bei und erkannte auf Abweisung des Widerklägers... Das Landgericht Erfurt trat dem Rechtsanwalt bei und erkannte auf Abweisung des Widerklägers...

Auch die Feststellung, daß die vom Kläger erhaltene Auskunft unrichtig war und der Kläger durch die Erteilung dieser Auskunft fahrlässig handelte... Auch die Feststellung, daß die vom Kläger erhaltene Auskunft unrichtig war und der Kläger durch die Erteilung dieser Auskunft fahrlässig handelte...

Vom Begriff des Trüdelhandels.

Auf Grund des § 33 der Gewerbeordnung sind am 30. April 1901 Vorschriften des Handelsministers über den Trüdelhandel erlassen... Auf Grund des § 33 der Gewerbeordnung sind am 30. April 1901 Vorschriften des Handelsministers über den Trüdelhandel erlassen...

Vermischtes.

Automobilunglück. Wie die „Pfalz, Presse“ meldet, ist vorgestern Abend zwischen Landstuhl und Rindbach ein französisches Automobil... Automobilunglück. Wie die „Pfalz, Presse“ meldet, ist vorgestern Abend zwischen Landstuhl und Rindbach ein französisches Automobil...

Ein Raubmord hat sich in Wledendorf bei Egha ereignet. Die in dem Dorfe wohnende greife Witwe Hötzel wurde in ihrer Schloßkammer ermordet... Ein Raubmord hat sich in Wledendorf bei Egha ereignet. Die in dem Dorfe wohnende greife Witwe Hötzel wurde in ihrer Schloßkammer ermordet...

Das Erdbeben in Mexiko am 30. Juli hat, wie uns nachträglich noch aus Toluca berichtet wird, einen viel größeren Schaden angerichtet... Das Erdbeben in Mexiko am 30. Juli hat, wie uns nachträglich noch aus Toluca berichtet wird, einen viel größeren Schaden angerichtet...

Eine Feuersbrunst hat, wie aus G l a s g o w berichtet wird, in der dortigen Ingramstraße mehrere mit wertvollen Gütern, namentlich mit Mustern und Kurzwaren vollgestopfte Gebäude vernichtet... Eine Feuersbrunst hat, wie aus G l a s g o w berichtet wird, in der dortigen Ingramstraße mehrere mit wertvollen Gütern, namentlich mit Mustern und Kurzwaren vollgestopfte Gebäude vernichtet...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 8, Freitag 10, Samstag 11 Uhr... Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 8, Freitag 10, Samstag 11 Uhr...

August Schilling. Ihre Vermutung ist nicht richtig. Es kann jeder Abgeordnete... August Schilling. Ihre Vermutung ist nicht richtig. Es kann jeder Abgeordnete...

Spekuliert haben. Angeblich auf Anregung eines „Christlichen“ Vereins stellte der Gemeindevorstand im vorigen Jahre den Antrag auf Einführung des Proporz, der von der Gemeindevertretung ohne jede Diskussion angenommen wurde... Spekuliert haben. Angeblich auf Anregung eines „Christlichen“ Vereins stellte der Gemeindevorstand im vorigen Jahre den Antrag auf Einführung des Proporz, der von der Gemeindevertretung ohne jede Diskussion angenommen wurde...

Mit einer Schußwunde am Kopfe wurde vorgestern auf dem Grundstück Ringstraße 40 der 53 Jahre alte Invalide Ludwig Kropf tot aufgefunden... Mit einer Schußwunde am Kopfe wurde vorgestern auf dem Grundstück Ringstraße 40 der 53 Jahre alte Invalide Ludwig Kropf tot aufgefunden...

Tempelhof. Banditen im Tempelhofer Park. In der Nacht zum Sonntag haben in den Parkanlagen des ehemaligen Gutes Tempelhof rohe Gesellen gehaust... Tempelhof. Banditen im Tempelhofer Park. In der Nacht zum Sonntag haben in den Parkanlagen des ehemaligen Gutes Tempelhof rohe Gesellen gehaust...

Nichtenan. In einem wahren Skandal hat sich der Zwist ausgewachsen, den einige Grundstückspekulanten seit längerer Zeit mit der Gemeindevorwaltung führen... Nichtenan. In einem wahren Skandal hat sich der Zwist ausgewachsen, den einige Grundstückspekulanten seit längerer Zeit mit der Gemeindevorwaltung führen...

Möntgenal (bei Jepernitz). Aus dem Fenster gekürzt hat sich am Montagvormittag ein im Altkleriker Hause, Kaiser-Wilhelm-Straße, wohnender Pole... Aus dem Fenster gekürzt hat sich am Montagvormittag ein im Altkleriker Hause, Kaiser-Wilhelm-Straße, wohnender Pole...

Spandan. Ueber einen Raddefekt, den am Sonntag auf der Hamburger Chaussee in der Nähe der Maschinenfabrik von Orenstein u. Koppel ein kromprinzliches Automobil erlitt... Ueber einen Raddefekt, den am Sonntag auf der Hamburger Chaussee in der Nähe der Maschinenfabrik von Orenstein u. Koppel ein kromprinzliches Automobil erlitt...

Eine Ferienstiftung werden die Stadtverordneten am Donnerstag abhalten. Das zu verarbeitende Material hat sich bereit gekauft... Eine Ferienstiftung werden die Stadtverordneten am Donnerstag abhalten. Das zu verarbeitende Material hat sich bereit gekauft...

Potsdam. Wie die Potsdamer Gewerbetreibenden sich helfen wollen. Eine Vereinigung der Gewerbetreibenden hatte festgestellt, daß Ehefrauen von Unterbeamten Vorpost- oder andere Geschäfte betreiben... Wie die Potsdamer Gewerbetreibenden sich helfen wollen. Eine Vereinigung der Gewerbetreibenden hatte festgestellt, daß Ehefrauen von Unterbeamten Vorpost- oder andere Geschäfte betreiben...

Strassenunfall. Als vorgestern Abend gegen 8 Uhr der 22jährige Schloffer Friedrich Dedmann in Berlin, Müddersdorfer Straße 1, wohin er auf seinem Zweirade die Hauptstraße passierte... Strassenunfall. Als vorgestern Abend gegen 8 Uhr der 22jährige Schloffer Friedrich Dedmann in Berlin, Müddersdorfer Straße 1, wohin er auf seinem Zweirade die Hauptstraße passierte...

Steglich. Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen, die am Sonntag, den 16. August, für die Arbeitnehmer und am Montag, den 16. August, für die Arbeitgeber stattfanden... Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen, die am Sonntag, den 16. August, für die Arbeitnehmer und am Montag, den 16. August, für die Arbeitgeber stattfanden...

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Die heute fällige Sitzung findet erst am Sonnabend, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr... Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Die heute fällige Sitzung findet erst am Sonnabend, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr...

Unfallstation am Grünen Weg und von dort nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Eine Rollbahn soll auf dem von einer ausländischen Firma auf die Dauer von 10 Jahren gemieteten Grundstück Ecke des Kurfürstendamms und der Cicerostraße errichtet werden.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhof, Erbkstraße 8, letzter Vortragabend des Sommerkursus. Vortrag über Transport Erkrankter und Krankenpflege.

Auf dem Stiftungsfest des Zentralverbandes der Zimmerer, das am Sonnabend, den 14. August, in der Brauerei Friedrichshain gefeiert wurde, sind folgende Gegenstände gefunden worden: Ein Damenschirm, eine Handtasche und ein Portemonnaie.

Feuerwehrbericht. Gestern vormittag um 7 Uhr kam in der Rostigstraße 47 Feuer aus. Lumpen und anderes waren dort in Brand geraten. Der 17. Löschzug wurde zweimal nach der Holsmannstraße alarmiert, erst nach Nr. 23 und dann nach Nr. 18, wo in einer Restauration ein Schenktisch und anderes brannte.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Mündere Kinderkaren waren es, die sich an einzelnen Tagen während der Ferienstage auf dem Spielplatz der „Freien Turnerschaft“ tummelten.

Die Zahl der Kinder, bis zu 200 zeigte, daß ein lebhaftes Bedürfnis für diese Kinderspiele vorhanden war. Und wie könnte es auch anders sein, Proletarier können nicht mit ihren Kindern in den Blüten der blauen See ihre Glieder stärken.

Mit welcher Liebe geben sich die Proletarierinnen her, um die Kinder — nicht etwa zu bevormunden — sondern um mit den Kindern gemeinam Kind zu sein. Fast alle sind es Frauen, die erwerbstätig sein müssen.

Hier sehen wir auf einer Stelle Genossinnen, die die Knaben um sich herumeln haben, die nicht „mit den Mädchen“ spielen wollen. Aber es muß auch konstatiert werden, daß im Lauf der Zeit sich alles daran gewöhnt, gemeinsam, Knaben und Mädchen, zu spielen.

Dort ist eine Genossin, die die Kinder zum Schulsport mit sich sammelt. Wie die Tärken sitzen sie um die Lehrerin“ auf dem Rasen. Gesangsstunde, Rechnen und Geschichtenerzählen steht auf dem Stundenplan.

Der Brandenburgische Städtetag findet in diesem Jahre in Rixdorf statt. Der Magistrat hat für den Städtetag folgendes Programm aufgestellt: Sonntag, den 16. September, abends 7 Uhr, Empfang der Gäste im Etablissement „Neue Welt“.

Vor lauter Festlichkeiten werden die Vertreter der brandenburgischen Städte kaum Zeit zur ersten Beratung finden. Angehts dieses Programms der Festsetzung verstehen wir das Verziehen der bürgerlichen Stadtväter von Rixdorf, daselbst nicht mit der Gedrängtheit des Wahlrechtsraubes zu beschweren, wie es die bösen Sozia wollten.

Schöneberg. Beim Spielen schwer verunglückt ist vorgestern der neunjährige Schüler Erich Schmidt aus der Siegfriedstr. 8. Er spielte mit anderen Kindern vor dem elterlichen Hause und wurde dabei von einem unbekannten Manne umgestoßen.

Strassenunfall. Als vorgestern Abend gegen 8 Uhr der 22jährige Schloffer Friedrich Dedmann in Berlin, Müddersdorfer Straße 1, wohin er auf seinem Zweirade die Hauptstraße passierte, geriet er mit der Maschine in die Straßenbahnspalten und kam zu Fall.

Steglich. Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen, die am Sonntag, den 16. August, für die Arbeitnehmer und am Montag, den 16. August, für die Arbeitgeber stattfanden, stand von vornherein fest, da nur je eine Liste eingereicht war.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Die heute fällige Sitzung findet erst am Sonnabend, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr. Statt und zwar bei Hummel, Spillmann, 6. Ufer, Sitzung bei H. Reibardt, Köppler Straße 89. Gäste willkommen.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

**Besonders
preiswerte
Angebote!**

**Extra-
Verkauf
im
Lichthof**

Grosse
Posten

Mädchen-Waschkleider

50-65 cm, bestes Fabrikat
früherer Preis ... 375
durchweg alle Grössen **1²⁵**

mod. Fassons, 70-100 cm
früherer Preis ... 750
durchweg alle Grössen **3⁵⁰**

Schuhwaren

**Schwarz Boxcalf- und braun
Ziegenleder-Schnürstiefel**

25/26	27/30	31/35	Knaben schwarz	36/39
3⁹⁰	4⁹⁰	5⁹⁰		7⁹⁰

Herrn-Stiefel Original amerikan.
Fabrikat, Chevreau und Boxcalf ... **15⁷⁵**

**Schwarz u. braun Chevreaux-
Schnür- u. Knopf-Stiefel**

25/26	27/30	31/35	Knaben	36/39
7²⁵	8²⁵	9²⁵		11²⁵

Damen-Stiefel schwarz und farbig,
moderne Form ... **9⁹⁰**

soweit Vorrat:

Ein **Wasch-Jupons** schwarz- Weiss
Posten eleg. Ausführung durchweg Stück **1⁹⁰**

Diese Woche: **Deutsche Teppiche** ausserordentlich
billig

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 18. August.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Kgl. Opernhaus, Madama Butterfly.
Kgl. Schauspielhaus, Die Habs-
burger.
Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
(Gara-Oper) Salome.
Deutsches Stetten.
Kammerspiele, Freund Gad.
Leitung, Die gelbe Nachtigall.
Verliner, Einer von unsre Leut.
Neues, Sein Sündenregister.
Neues Schauspielhaus, Mit
Dufelad.
Thalia, Prinz Huss.
Römische Oper, Baza.
Reibens, Kammerspiele um Amalie.
Fehbel, Frau Barons Gewerbe.
Trianon, Liebesgewitter.
Lustspielhaus, Familie Schmek.
Neues Operetten, Die Dollar-
prinzessin.
Kleines, Moral.
Westen, Der fidele Bauer.
Schiller O., (Wallner-Theater.)
Breiters Millionen.
Friedrich-Wilhelmstadt, Schan-
spielhaus, Bar u. Zimmermann.
Lilien, Der stille See.
Volles Caprice, Drei Frauenhüte.
Der Direktor usw. Anf. 8^{1/2} Uhr.
Metropol, Die oberen Zehntausend.
Hypoko, Spezialitäten.
Gehr, Herrfeld-Theater, Frau
Elkams Friseur, Reins-Deine
Tochter.
Wintergarten, Spezialitäten.
Passage, Spezialitäten.
Herhard Rose, Der Tanzhusar.
Walhalla, Spezialitäten.
W. Noacks Theater, Abschied und
Heimkehr oder Gedrochene Irene.
Spezialitäten ersten Ranges.
Stadtheater Moabit, Spezia-
litäten.
Volksgarten, Spezialitäten.
Branen, Der Amica-Geppi.
Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rom und die
Campagna.
Sternarie, Invalidenstr. 67/68.
Lessing-Theater.
Mittwoch, 8 Uhr:
Die gelbe Nachtigall.
Donnerstag, 8 Uhr: Jbsen-Sylsus:
2. Vorstellung: Nora.
Berliner Theater.
Anf. 8 Uhr:
Einer von unsre Leut.
Morgen: Einer von unsre Leut.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Sein Sündenregister
Morgen und folgende Tage:
Sein Sündenregister.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gara-Oper.
Gastspiel Bellincioni.
Salome.
Von Rich. Strauß. — Anf. 8 Uhr.
Donnerstag: Othello. Freitag:
Orpheus. Sonnabend: Salome.
Sonntag: Letzte Vorstellung:
Der fliegende Holländer.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der fidele Bauer
Operette von Leo Fall.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 26, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Mittwoch, 18. August. Anf. 8 Uhr:
Populäre Vorstellung bei halb. Preisen:
Zar und Zimmermann.
Donnerstag: Die Atrikanerin.
Freitag: Die Zauberrüste.
Sonnabend: Der Widerspenstigen
Zähmung.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Familie Schmek.
HERHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Tanzhusar.
Lustspiel in 3 Akten v. G. Wohlmann.
Auf der Gartenbühne Anf. 4^{1/2} Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Breiters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Wenschel
Emst und Byron Ongley.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Breiters Millionen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Madame Bonivard.
Schmunt in 3 Akten von Alexander
Duffon und Antoni Kars.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.
**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
8 Uhr: 8 Uhr:
"Kümmere Dich um Amelie."
Schmunt in 3 Akten von Feydeau.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szeno
gesetzt von Dir. Rich. Schultze.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
**Apollo
Theater**
Täglich:
Humpsti-Bumsti.
9 Uhr
Eine Haremsnacht.
Dazu ab 8 Uhr
Das Bombenprogramm.

WINTERGARTEN

Das gigantische
Eröffnungs-Programm!
Henry Bender
Trusty Shattuck, amerik. Operetten-
Div. Bellechairs Brothers, mod.
Gladiatoren. Geschwister Kiss,
Gymnastie Akt. Miss Marguis mit
ihren dressierten Ponies. Six
Cutys, musikal. Akt. Miss Julie
Sidova, Prima Ballerina von der
kaiserl. Hofoper St. Petersburg.
Morris Cronis Truppe, moderne
Jongleure. Ryan and Hall, American
Excentrics. Der Biograph. neuest.
Aufnahmen.
„Leben und Treiben im Freien.“
Tanz-Divertissement in 3 Bildern
**Herrfeld
Theater**
**Frau Elkam's
Friseur.**
**Meine-Deine
Tochter.**
Beide Komödien mit den Kaktoren
Anton und Donat Herrfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Ab 7 Uhr: Promenaden-Konzert im
schattigen Sommergarten und Pergola.
Brunnen-Theater
Koblenstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute: Benefiz für Käthe Bach:
Carmen.
Dr. Musikantungs-Vorstellung mit Ge-
sang und Tanz in 5 Bildern.
Soffeneröffnung 8 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Passage-Theater.

Ein durchschlagender
Erfolg!
**Alols Paschl
Edmondo Lucini
The Lightons**
und das großartige
August-Programm!
12 erstklass. Variété-Attraktionen.
Passage-Panoptikum.
Aga!
die schwed. Jungfrau.
Ganz Berlin zerbricht
sich wieder d. Kopf über
Aga.
Der Mann m. d. eisernen Schlund!
Experimente d. IV. Dimension!
Alles ohne Extra-Entree.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Opernstr. 16.
Abschied und Heimkehr
oder: Gedrochene Irene.
Vollständig mit Gesang in 3 Akten.
Vorher: Spezialitäten!
Anf. 7, Konzert 6, Kaffeestunde 3 Uhr.
Entree 30 Pf.
Donnerstag: Stiefelputz. Sonn-
abend: Wildschütz.
**INTERNATIONALE
LUFTSCHIFFFAHRT
AUSSTELLUNG**
KONZERT-PROGRAMM
FRANKFURT 1910
Bei günst. Witterung i. Betrieb:
Freihalls. Flugmaschinen
Motorballons
(Clouth, Parseval, Zeppelin).
Wettbewerbs:
200 000 M. Preise.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
**Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.**
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,
Sonntag 8 Uhr. Sonnt. d. Bes. 5 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Mittwoch, Spezia-
litäten und Solos der „Lustigen
Sänger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.
**Walhalla-
Variete Theater**
Waldburgweg 19-23, Rosenh. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
2. interessanten Spezialitäten
Frei: Im Garten Konzert.
Jeden u. Treiben im Traumland.
**Puhlmann's
Theater**
Schubhaus Allee 118
Königsplatz 12/13
Jungfrau von Berlin.
Hette Wastrosen. Niederp. 11 W.
Cowan und Lois, mod. Jongleure.
Anfang 4^{1/2} Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Berliner Prater-Theater
Kajaniendamm 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4^{1/2} Uhr.
**Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle**
Rudolf Krüger Hassenheide 12/15.
Täglich:
**Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Vst. Leitung: Walter Orvenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Mührend und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.
Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Ella Vera x Lola Droll x Otto Beyer
The Horleys x Brothers Vollmer
Der Affenbubler.
Ballspiel m. Gel. u. Tanz in 5 Bildern.
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartenfest

